

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern** **Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch

(Abend),

26.

November

2013

Finanzdirektion**109 2013.0889 Bericht
Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP 2014)****Haushaltsdebatte – VA 2014, AFP 2015–2017, Bericht ASP 2014, Abtragung Defizit 2012**

(Die Haushaltsdebatte wurde unabhängig der Reihenfolge der Geschäfte im Detailprogramm in Themenblöcken zusammengefasst geführt. Deshalb erscheint der Wortlaut der Haushaltsdebatte – das heisst, die Diskussionen über die Traktanden 60–109 – gesamthaft unter dem Geschäftstitel «2013.0889 Bericht Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP 2014)».

Themenblock 22**«Berufsbildung»****22.a Berufsbildung, ASP Massnahmen Topf 1****22.d Ausbildung «sport – culture étude (CFCi)**

Fortsetzung

Präsident. Wir nehmen die Beratung wieder auf. Wir beraten Themenblock 22, Bereich 22.a, Berufsbildung, ASP-Massnahmen Topf 1, verbunden mit Bereich 22.d, Ausbildung «sport – culture étude (CFCi)». Den ersten Antragsteller haben wir bereits gehört. Nun kommt Herr Kropf zu Wort für die Grünen.

Blaise Kropf, Bern (Grüne). Ich begründe meinen Antrag in aller Kürze. Es geht um die Massnahme 17.13, Vergrösserung der Klassen im Berufsbildungsbereich. Das EBA, eidgenössisches Berufsattest, ist für unser Land, insbesondere auch für den Kanton Bern, eine eigentliche Erfolgsgeschichte; nämlich, dass es gelungen ist, in diesem Land diese neue Form der Berufsausbildung zu etablieren. Sie ermöglicht insbesondere schulisch schwächeren, dafür praktisch umso begabteren Jugendlichen, einen Berufsabschluss zu erlangen. Sie alle wissen, dass Ausbildungslosigkeit einer der wichtigsten Gründe, wenn nicht der wichtigste, für spätere Armut, Armutsgefährdung, Sozialhilfebezug und so weiter ist. Umso wichtiger ist es, dass es in diesem Land und in diesem Kanton gelungen ist, ein Ausbildungsangebot für diese jungen Menschen zu schaffen, das auf ihre primär praktisch orientierten Fähigkeiten zugeschnitten ist. Anzufügen ist noch, dass eine ganze Anzahl dieser Jugendlichen nach dem Abschluss des EBA unter Umständen sehr wohl die Möglichkeit haben, ihre Ausbildung fortzusetzen und vielleicht auch noch ein EFZ zu erreichen; aber der Einstieg über das EBA ist ganz, ganz wichtig.

Nun stellen wir allerdings fest, dass bereits heute die Klassen der EBA-Absolventinnen und -Absolventen an der obersten Limite punkto Klassengrösse sind. Dafür gibt der Bund klare Empfehlungen ab: 12 Schülerinnen und Schüler pro Klasse. Mit dieser Sparmassnahme würde man die Klassen vergrössern bis zu 15 Schülerinnen und Schülern. Wir müssen ungeschminkt sagen, dass wir die in den letzten Jahren Schritt für Schritt aufgebauten Bildungschancen für schulisch schwä-

chere Jugendliche, die eine grosse Errungenschaft darstellen, wieder preisgeben, wieder abschießen, wenn die Klassen dermassen vergrössert werden. Ich bin überzeugt, dass das nicht nur menschlich, sondern längerfristig auch finanziell ein Fehlentscheid wäre für unseren Kanton. Wir haben wesentlich mehr davon, wenn die jungen Leute in der Lage sind, erfolgreich eine Ausbildung abzuschliessen, als wenn die Ausbildungsmöglichkeiten nicht mehr genutzt werden können, wenn die Förderung nicht mehr im eigentlich erforderlichen Mass stattfinden kann und die Leute dann plötzlich ohne Ausbildungsabschluss dastehen. Darum geht es hier. *(Der Präsident läutet die Glocke.)* Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, fordern wir Sie auf, diesem Ablehnungsantrag zur Massnahme 17.13 zuzustimmen.

Präsident. Als nächste Antragstellerin ebenfalls für die Grünen kommt Frau Linder zu Wort.

Anna-Magdalena Linder, Bern (Grüne). Im Zug der Sparmassnahmen soll jetzt auch auf die Erhöhung der Klassenlehrerlektion verzichtet werden. Mit dieser Erhöhung würde man aber genau jenen Lernenden gerecht werden, die besondere Unterstützung in der Schule unbedingt brauchen. Die Betreuungssituation der Lernenden muss verbessert werden. Wir erachten es darum als nicht sinnvoll, auf die Erhöhung des Schulpools um eine halbe Lektion pro Klasse und Woche zu verzichten. Die Massnahme ist weder für die Lernenden noch die Lehrpersonen tragbar.

Daphné Rüfenacht, Biel/Bienne (Grüne). Mit der ASP-Massnahme 17.6 will der Regierungsrat auf den Bildungsgang EFZ an Handelsmittelschulen mit Ausrichtung auf die Berufsmaturität verzichten. Der Regierungsrat rechtfertigt die Aufhebung des EFZ im deutschsprachigen Kantonsteil damit, dass diese Ausbildung in allen anderen deutschsprachigen Kantonen nicht mehr angeboten und somit das duale Ausbildungssystem übernommen werde. Für die Region Biel ist hingegen festzuhalten, dass junge Leute, insbesondere mit bildungsfernem Migrationshintergrund, Mühe haben, eine Lehrstelle zu finden. Diese Aussage gilt ganz besonders für die französischsprachigen jungen Leute, die nicht so gut Schweizerdeutsch beherrschen. Für diese Schülerinnen und Schüler ist es sehr schwierig, eine kaufmännische Ausbildung zu machen, wenn das EFZ nicht mehr angeboten wird. Für die jungen Leute, die dadurch einen Lehrabschluss erreichen und sich so besser in den Arbeitsmarkt integrieren können, ist es ein Mehrwert. Wird das Angebot aufgehoben, wirkt es sich für sie negativ aus. Als Bielerin unterstreiche ich, dass die Massnahme sich auch für die Romands aus Biel negativ auswirken würde. Soll das EFZ in Biel, im deutschsprachigen Kanton, als Bildungsangebot nun gestrichen werden, gilt dies jedoch nicht für die französischsprachige Schweiz. Indem der Regierungsrat diese Massnahme vorschlägt, vernachlässigt er die französischsprachige Minderheit in Biel. Die Stadt Biel ist ein attraktiver Bildungsstandort und soll es auch bleiben. Die Massnahme verursacht auch zusätzliche Kosten. Verschwindet der Ausbildungsgang in Biel, könnten Jugendliche aus Moutier an die Handelsmittelschule in Delémont wechseln, weil Delémont näher liegt als Tramelan. Das würde den Kanton Bern, sofern ich richtig informiert bin, 5000 Franken pro Lernende und Semester kosten. Weiter würde diese Massnahme die gut funktionierende Förderung von Spitzensportlern schwächen. Viele Talente besuchen die Handelsmittelschule in Biel und nutzen die Nähe zum Baspo in Magglingen. Diese Sportler können ihren Trainingsaufwand mit einer konventionellen kaufmännischen Lehre kaum unter einen Hut bringen. Daher bitte ich Sie, unserem Antrag zu folgen und auf die Massnahme 17.6 zu verzichten.

Andreas Blaser, Steffisburg (SP). Ich sagte es bereits einleitend: Nebst dem Leuchtturm der dualen Ausbildung braucht es ergänzende Angebote, und die HMS mit Ausbildungsplätzen im kaufmännischen Berufsfeld ist ein wichtiges. Weshalb müssen die Ausbildungsplätze auch für EFZ erhalten bleiben? Wir reden hier von 140 Ausbildungsplätzen in Bern, Biel und Thun. Immer wieder wird argumentiert, der duale Lehrstellenmarkt könne die Lernenden auffangen. Das stimmt eben nicht. Weiter wird gesagt, die HMS konkurriere eigentlich die duale Ausbildung. Ich zeige Ihnen auf, wie es im Jahr 2013 aussah: Im Juli war keine einzige KV-Lehrstelle mehr offen. In anderen Berufen gab es wohl offene Lehrstellen, laut Lehrstellenbarometer 70 im ganzen Kanton, die nicht besetzt werden konnten. Die HMS bringen also Jugendliche in die Berufsbildung, und – noch wichtiger – diese schliessen die Berufsbildung auch ab. In die Handelsmittelschulen werden auch junge Menschen mit wenigen Chancen auf dem Lehrstellenmarkt aufgenommen. Ich rede hier von Leuten mit Migrationshintergrund, die halt zum Teil tatsächlich benachteiligt sind. Für die Aufnahme in die HMS zählt nur die Leistung, während nicht massgebend ist, woher sie kommen und wie sie heissen. Der ausgewiesene Spareffekt wird bezweifelt. Aus meiner Sicht wird es eine Verlagerung in andere

vollzeitschulische Angebote – sprich: Fachmaturitätsschulen – geben, oder es wird zu Mehrkosten im Sozialbereich führen, wenn Jugendliche keine Lehre absolvieren können und arbeitslos werden. Für die Handelsmittelschulen war bereits die Berufsschulorganisation 2008 mit einer Sparvorgabe von einer Million Franken verbunden. Das konnte in den neuen Ausbildungsgängen durch eine Reduktion der Lektionen umgesetzt werden. Man kann sagen, dass die HMS bereits einen grossen Sparbeitrag geleistet haben in dieser schwierigen finanziellen Situation. Aus meiner Sicht kann man auch weiterhin einen Sparbeitrag erwarten; er kann mittels bedarfsorientierter Steuerung der Angebote aufgrund der Lehrstellensituation oder ungerechtfertigter prüfungsfreier Aufnahmen geleistet werden. Immer wieder wird auch gesagt, die HMS-Schülerinnen und -Schüler fänden eine Lehrstelle im dualen Ausbildungssystem. Zum Teil sind es tatsächlich leistungsstarke junge Leute, doch ist nicht zu vernachlässigen, dass dadurch Druck nach unten entsteht, das heisst, auf der Strasse werden dann die schwächeren Lernenden sein. In diesem Sinn empfehle ich Ihnen die Massnahme 17.6, die Ausrichtung der HMS nur auf die Berufsmaturität, abzulehnen und das Angebot von 140 Ausbildungsplätzen im Kanton Bern aufrechtzuerhalten.

Pierre-Yves Grivel, Bienne (FDP). Cet après-midi, je m'exprime en tant que responsable de la filière sport-études au secondaire I francophone à Bienne et en tant que concepteur de cette filière. Je suis là pour la défendre, surtout par rapport à la formation CFCi bilingue que propose actuellement l'École supérieure de commerce de Bienne. Cette filière permet en effet à des jeunes sportifs élite de mener de front une carrière, tout en suivant des études qui vont leur permettre de décrocher une maturité, une maturité professionnelle, ou justement un CFC d'employé de commerce. C'est une façon d'aménager aux sportifs élite, une plage, une possibilité de formation sur mesure et de décrocher un CFC en quatre, en cinq ans, au lieu, je l'avoue, de trois ans par exemple. Tous les sportifs élite sont sélectionnés par leur club, puis par leur fédération, et sont ensuite soutenus par Swiss Olympic ou l'Aide sportive suisse. Ils viennent ensuite à Macolin, car c'est le centre national du sport en Suisse, et en ville de Bienne pour s'entraîner, car la ville de Bienne offre des infrastructures adaptées. Entre parenthèses, nous sommes en train de construire de nouveaux stades pour 2015. Les fédérations ont trouvé à Bienne un écho et du soutien, qui font d'elle une ville ouverte au sport, et qui font la renommée et la fierté du canton de Berne, qui se targue de posséder justement Macolin et BASPO. Bien sûr, dans le cadre des mesures EOS 2014, le gouvernement propose de ne plus conserver cette filière CFC. Voudrait-on dire par là qu'il n'y a en sport-études que des sportifs maturants? C'est faux. Aujourd'hui, ils sont 28 à suivre justement la formation CFCi. Le déplacement du CFCi ailleurs provoquerait des déplacements inutiles et serait à mes yeux une erreur aux effets négatifs et incompréhensibles, et ruinerait tous les efforts faits depuis des années, 13 ans, pour promouvoir cette filière et cette formation. Je l'ai dit à un journaliste, vous désirez que nos sportifs suisses décrochent des médailles, mais pour ce faire il faut s'en donner les moyens. Pour un sportif élite, qui s'entraîne entre 20 et 32 heures par semaine, il est impensable de suivre sa formation à La Neuveville ou à Tramelan, alors qu'aujourd'hui il dispose des meilleures solutions locales; il perdrait beaucoup trop de temps, il n'aurait pas les mêmes horaires et il vivrait ailleurs qu'à Bienne. Aujourd'hui, il a son vélo, il a un funiculaire, il a un bus pour aller sur place s'entraîner. Un aménagement dual, oui, souvent un rêve! Mais quel employeur est en mesure d'aménager aujourd'hui de tels horaires, et en plus dans une région où nous avons beaucoup de peine à trouver des places d'apprentissage, plus particulièrement encore pour les Romands. Je n'aime pas parler de finances, mais je vous fais remarquer qu'un sportif élite externe au canton de Berne rapporte entre 10 000 et 12 000 francs. Faites le calcul, dix étudiants, 120 000 francs pour le canton. Je ne vous cache pas non plus que j'aurais d'autres idées d'économies qui me passent par la tête, mais je m'abstiens. Je n'ai jamais dit que je voulais fermer l'École supérieure de commerce de La Neuveville. C'est faux. Par contre, je veux vous dire que le canton de Genève, par exemple, vient de débloquent un crédit de 2 millions pour ses 580 sportifs régionaux et cantonaux, et que le canton de Genève vient d'obtenir de Swiss Olympic le label Swiss school partner. Pour les sportifs talentueux de notre pays, je vous demande le maintien d'une filière CFCi bilingue sur le site de Bienne. Faites une exception cet après-midi, laissez cette petite structure, cette filière bilingue en place sur un site connu! Soutenez cette structure qui donne aux sportifs la possibilité d'obtenir un diplôme de commerce en formation intégrée, un papier qui leur permettra, après leur carrière sportive, et souvent c'est après vingt ans, une réinsertion professionnelle possible grâce à ce papier. Je veux le meilleur pour les sportifs.

Samantha Dunning Thierstein, Bienne (SP). Dans le cadre de la motion Dunning Thierstein «Des

économies certes, mais pas au détriment du bilinguisme à Bienne ni des sportifs d'élite!», j'avais demandé de maintenir le CFC intégré à l'École supérieure de commerce de Bienne. Cette demande, je l'avais faite parce que Bienne se trouve dans une posture un peu spéciale. Premièrement, Bienne est une ville bilingue. L'École supérieure de commerce de Bienne accueille donc aussi des élèves romands. Alors, pourquoi le CFCi à Bienne n'est-il pas logé à la même enseigne que La Neuveville ou Tramelan? Pour certains Biennois, cette non prise en compte de Bienne est ressentie comme un affront. Les Romands de Bienne ont été oubliés! On a même parfois l'impression que l'on veut nous rayer de la carte. Mais si la question identitaire n'est en somme toute pas suffisante, un autre aspect me paraît plus problématique. Qu'advient-il des élèves ne trouvant pas de place d'apprentissage? Les écoles supérieures de commerce de La Neuveville et de Tramelan auront-elles suffisamment de places pour accueillir les élèves francophones de Bienne ne trouvant pas de place d'apprentissage? Il faut savoir qu'à Bienne, il est particulièrement compliqué, en tant qu'élève ne parlant pas l'allemand, de trouver une place d'apprentissage, surtout dans le domaine commercial. D'autant plus qu'il y aura davantage de concurrence si le CFCi disparaît pour les germanophones du canton. Finalement, la dernière raison pour laquelle j'avais déposé cette motion et pour laquelle j'ai proposé l'amendement présent, le maintien de classes CFCi à Bienne pour les élèves qui poursuivent une formation en sport-culture-études et la situation fort complexe dans laquelle se retrouveraient les sportives et sportifs d'élite si on leur supprimait le CFC intégré à l'École supérieure de commerce à Bienne. Différents centres nationaux, ainsi que de grands clubs formateurs sont basés à Bienne et à Macolin: Swiss Tennis, FC Bienne, HC Bienne, la Fédération suisse de gymnastique artistique et rythmique, etc. Le canton de Berne devrait être fier d'avoir une ville qui attire les fédérations sportives, et du coup les jeunes espoirs du sport helvétique, par sa formation disponible dans les deux langues officielles.

La suppression pure et simple du CFCi à l'École supérieure de commerce s'avérerait très problématique et le canton de Berne se tirerait une balle dans le pied, au moment où d'autres cantons cherchent à proposer de telles formations. En effet, tous les élèves n'ont pas le niveau suffisant pour suivre une maturité professionnelle à l'École supérieure de commerce ou une formation gymnasiale. Trouver une entreprise prête à adapter ses horaires pour un apprenti sportif relève d'un sacré défi. Ces élèves iront à l'École supérieure de commerce de La Neuveville, répond le Conseil-exécutif, les horaires seront personnalisés et les trajets jusqu'à leur centre sportif seront assurés par le canton. Ah bon? Le canton est prêt à supprimer une filière qui fonctionne dans un lieu spécifique pour bricoler un semblant de solution pour faire des économies? Combien cela coûtera-t-il de donner des cours personnalisés à une vingtaine d'élèves? Combien cela coûtera-t-il d'assurer les transports de La Neuveville, Bienne, au centre sportif, qui, pour certains élèves, se trouvent à Macolin? Et en termes de temps, rendez-vous compte que même si la distance entre La Neuveville et Bienne est relativement courte, faire l'aller-retour, deux, trois fois par jour pour des entraînements, fait perdre un temps non négligeable pour des élèves qui doivent allier études et sport? Les jeunes sportifs d'élite s'entraînent entre 20 heures et 30 heures par semaine. De plus, il est très scabreux d'offrir les transports aux élèves talentueux, alors que les autres élèves transférés à La Neuveville ou à Tramelan, issus souvent des milieux modestes ne pourraient en bénéficier. Au pire, répond le Conseil-exécutif, ils pourront être intégrés dans une classe sportive spéciale au BWD à Berne. De nouveau, on demande de supprimer une formation qui existe à Bienne, pour déplacer les élèves à Berne. Pourquoi est-ce à Bienne de faire les frais, alors que tout est mis à disposition pour que les élèves puissent suivre une formation qui fonctionne bien et qui a fait ses preuves? La question des trajets entre Berne, et, par exemple Macolin, ne sera toujours pas résolue. Et une question qui me pend à la langue comme Romande: le BWD pourra-t-il assurer l'enseignement en français? La suppression du CFCi à Bienne permettrait de faire 700 000 francs d'économies – mais à quel prix? Je suis convaincue que cette mesure engendrera de nouveaux frais, rien qu'en comptant la suppression du CFCi pour les sportifs d'élite. En effet, certains élèves suivant la filière sport-culture-études proviennent d'autres cantons et paient donc des frais d'écologie. Ces sous ne rentreront donc plus dans les caisses du canton, si les élèves considèrent qu'ils y gagnent davantage dans leur propre canton ou à être scolarisés dans un autre canton, comme par exemple Genève. Après ces différentes réflexions, la fermeture du CFCi à Bienne sera-t-elle une réelle économie? Si les déclarations de planification des groupes PS-JUSO-PSA et des Verts sont rejetées, et pour toutes les raisons mentionnées ci-dessus, il serait pertinent d'au moins garder des classes de CFC intégré de l'École supérieure de commerce à Bienne pour les sportives et sportifs d'élite. Ce modèle coûterait moins cher que de garder le modèle actuel et aurait l'avantage de ne pas mettre les élèves sportifs dans une situation précaire. C'est pourquoi j'aimerais que vous suiviez cet amendement.

Präsident. Bevor ich dem Sprecher der Finanzkommission das Wort zur Begründung des letzten Antrags das Wort gebe, begrüße ich auf der Tribüne Mitglieder des SVP-Verbunds Oberwil, Därstetten, Erlenbach und Diemtigen. Herzlich willkommen bei uns im Rathaus! (*Applaus*)

Mathias Tromp, Bern (BDP), Sprecher der Finanzkommission. Es ist jeweils mein Job, hier wieder einigermaßen Übersicht über die verschiedenen Anträge zu schaffen. Zur Berufsbildung hat uns der Regierungsrat einen ganzen Kratten Massnahmen empfohlen. Die FIKO unterstützt mit einer Ausnahme – darauf komme ich nachher zu sprechen – alle Massnahmen. Mit einer Ausnahme haben wir also keine Differenz zum Regierungsrat. Die FIKO hatte alle Anträge bereits vorher im Rahmen der normalen FIKO-Sitzungen diskutiert. Und als die anderen Anträge, die wir heute auf dem Tisch haben, eingebracht wurden, beschloss die FIKO, darauf nicht zurückzukommen. Damit halten wir an dem fest, was der Regierungsrat beantragt hatte.

Nun zur Übersicht: Die Massnahme 17.2, Optimierung Vollzeitangebot, wird von Andreas Blaser bestritten. Darin unterstützen wir den Regierungsrat. In der Massnahme 17.6 geht es um die Ausrichtung der Handelsmittelschulen auf die Berufsmaturität, worauf die SP-JUSO-PSA, Blaser, und die Grünen, Rüfenacht, zu verzichten beantragen. Die FIKO will die Massnahme beibehalten, wie sie der Regierungsrat vorschlägt, und lehnt beide Anträge ab. Im Rahmen der Massnahme 17.6 ist zusätzlich die Frage zu diskutieren, zu der wir eben die Begründung vernommen haben: hier Biel oder dort Tramelan und La Neuveville. Dazu nimmt die FIKO nicht Stellung.

In der ASP-Massnahme 17.9 geht es um die Berufsschule BZ Pflege. Prüfen Sie die Massnahme eingehender, stellen Sie fest, dass 17.9 eigentlich drei Massnahmen enthält, nämlich erstens die Analyse und Optimierung der Kosten HF Pflege, zweitens die Aufhebung des Filialstandorts Thun und drittens die Überprüfung der Finanzierung NDS HF, Kostenoptimierung etc. Da gibt es eine Differenz zwischen dem Antrag Blaser und der FIKO. Die SP-JUSO-PSA will die ganze Massnahme ablehnen und alles, was das BZ Pflege betrifft, rückgängig machen, während die FIKO nur den Standort Thun rückgängig machen will. Deshalb haben wir hier nur eine Planungserklärung, die 2014 noch nicht greift, sondern erst nachher. Lehnen Sie also den Antrag Blaser ab, können Sie immer noch den Standort Thun bejahen, indem Sie die Planungserklärung der FIKO annehmen.

Die Massnahme 17.13, Optimierung der Steuerung der Berufsfachschulen, wird bestritten von den Grünen, Kropf. Dazu beantragt die FIKO, dem Regierungsrat zuzustimmen und somit den Antrag der Grünen abzulehnen. Schliesslich bleibt noch die Massnahme 17.14 mit dem Antrag der Grünen, Linder, und dem Antrag SP-JUSO-PSA, Blaser, darauf zu verzichten. In dieser Massnahme geht es um die Produktgruppe Berufsbildung, Weiterbildung und Berufsberatung. Auch ihr möchten wir, gleich wie der Regierungsrat, zustimmen. Das heisst also, dass die FIKO alle Anträge ablehnt. Tun Sie dies ebenfalls, mit Ausnahme des Antrags der FIKO. Bezüglich der Ausbildung im Jura bernois nehmen wir nicht Stellung.

Präsident. Herr Blaser, zur Motion haben Sie bereits geredet. Sie verlangen das Wort dazu nicht mehr, oder? – Das ist richtig. Dann gehen wir weiter zu den Fraktionserklärungen. Ich werde fast überschwemmt von den Anmeldungen. Wir starten mit der BDP, Frau Luginbühl.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Die BDP-Fraktion unterstützt all die FIKO-Anträge, die Mathias Tromp eben aufgezählt hat, und lehnt also alle anderen – SP-JUSO-PSA, Blaser, Grüne, Kropf, Grüne, Linder, SP-JUSO-PSA, Blaser, Grüne, Rüfenacht sowie die Motion SP-JUSO-PSA, Blaser – ab. Ich rede also nur noch zur Planungserklärung der FIKO, weil wir dazu in der Fraktion eine gespaltene Haltung haben. Es liegen kontroverse Angaben von Schulleitung, Verwaltungsrat und Regierungsrat bezüglich der Raumverhältnisse vor. Die Schulleitung in Bern äussert sich klar, dass die Schüler aus Thun aus Platzgründen in Bern nicht unterrichtet werden können. Der Regierungsrat seinerseits weist in seinem Faktenblatt erneut darauf hin, dass der Studiengang angepasst werde, das heisst, künftig nur noch zwei statt zweieinhalb Jahre dauern solle und dadurch die räumlichen Engpässe verringert werden könnten. Sollte aber die Verlegung der Schüler nach Bern einen Neubau oder eine Erweiterung des neuen Campus oder eine neue Mietlösung erfordern, wäre dies aus unserer Sicht keine Sparmassnahme. Zudem hat der Standort Thun für die Rekrutierung eine strategische Bedeutung für das ganze Oberland sowie das Wallis. Letztlich waren die Standorte Bern und Thun Teil des politischen Kompromisses in den Jahren 2005 und 2006 bei der Gründung des Berner Betriebszentrums Pflege. Diese Massnahme ist nicht budgetrelevant; damit die kontroversen Angaben näher geprüft und auch überarbeitet werden können, unterstützen

wir teilweise die Verschiebung des Geschäfts in den Topf 2. Ungefähr hälftig lehnen wir das aber auch ab, weil eine Standortkonzentration in Bern sinnvoll und auch machbar erscheint. Noch zum Bereich 22.d, Ausbildung «sport – culture étude (CFCi)», Planungserklärung Grivel: Dazu liegen uns diverse Schülerzahlen vor. Wir stellen fest, dass dieses Angebot von relativ wenigen Schülerinnen und Schülern genutzt wird. Zudem sind wir der einzige Kanton, der das Angebot für die geringe Anzahl Schülerinnen und Schüler an bisher drei Standorten bereitstellt. Der Regierungsrat möchte es nun an einem Standort konzentrieren. Aus unserer Sicht sollte es integrativ am Gymnasium Biel angeboten werden können. Wir sehen auch den unter Umständen anfallenden Reiseweg und die Reisekosten, wenn das Angebot für die wenigen Schüler an einer anderen Schule stattfinden sollte. In Anbetracht der Dimension dieser Planungserklärung innerhalb des ASP-Pakets und aufgrund der Tatsache, dass es sich hier eher um eine im weitesten Sinn lokale Angelegenheit handelt, entschieden wir uns in unserer Fraktion für Stimmfreigabe zu dieser Planungserklärung. Wie auch immer entschieden wird, sind wir aber der Meinung, dass das Ganze, also die Standortkonzentration und etwelche Verlagerungen von Reisekosten, kostenneutral abgewickelt werden können sollten. Auch in dieser Abstimmung sind wir ungefähr hälftig gespalten. Noch zur Planungserklärung Dunning Thierstein: Mindestens im gleichen Verhältnis werden wir auch diese Planungserklärung ablehnen oder annehmen, weil wir davon ausgehen, dass die ASP-Massnahme 17.6 abgelehnt wird.

Eva Baltensperger, Zollikofen (SP). Bezüglich der Massnahme 17.2 habe ich einmal einen Bericht gelesen, in dem der Regierungsrat schreibt: «Aufgrund des überdurchschnittlichen Angebots sind die Massnahmen notwendig, wenn der Kanton ein unterdurchschnittliches Angebot zum Kostenniveau erreichen will.» Da stellt sich natürlich die Frage, ob wir das tatsächlich wollen. Das ist weder nachvollziehbar noch nachhaltig, wie wir vorher von Res Blaser gehört haben – wir mit unserem Spitzenplatz mit 95 Prozent Jugendlichen, die einen Abschluss auf 6.2 haben. Gemäss Ziffer 3 fällt auch das Gruppenangebot für gestalterische Berufe weg. Dazu kommt sogar, dass es sich um die einzige gestalterische BVS im Kanton handelt gegenüber immerhin 100 anderen BVS-Klassen. Mit ungefähr 300 Anwärterinnen und Anwärtern, die sich für die bloss 72 Ausbildungsplätze zur Aufnahmeprüfung anmelden, übersteigt die Nachfrage das Angebot immer deutlich. Die ordentliche Lehre ist nur bedingt eine Alternative. Weil die Ausbildungsplätze auch an den Hochschulen beschränkt sind, weichen die Jugendlichen mit Matur auf die Lehrstellen aus und verdrängen so die Jugendlichen ohne Matur. Das ist nicht in unserem Sinn.

Der Vorschlag 17.9 ist schlicht unseriös. Einem Vortrag der ERZ an den Regierungsrat kann man entnehmen, dass immer mit Thun als Zweitstandort geplant wurde. Auch ohne Thun sparte der Standort Bern gegenüber der früheren Situation schon 6000 Quadratmeter ein. Es ist also überhaupt nicht nachvollziehbar, wenn der Regierungsrat behauptet, der Campus sei so dimensioniert worden, dass die Studiengänge der Stadt Thun integriert werden könnten. Das ist für uns ein Grund, die Massnahme 17.2 abzulehnen.

Auch zu 17.13 sind die Stichworte bereits gefallen: Stützkurse für die Schwächeren, Freifachkurse für die schulisch Stärkeren. Dazu haben wir bereits Res Blaser gehört. Das sind für uns wichtige Gründe, auf die Massnahme zu verzichten.

Ganz und gar unverständlich für unsere Fraktion ist aber die Massnahme 17.6. Vor knapp zwei Jahren reichte Alfred Bärtschi eine Motion mit genau diesem Ziel ein. Damals empfahl sie der Regierungsrat zur Ablehnung, und Alfred Bärtschi musste sie wegen fehlender Unterstützung zurückziehen. Das war im September vor nur gerade einem Jahr. Die Gegenargumente sind immer noch die gleichen, ich zitiere: «Im Rahmen des Konsultationsverfahrens sprachen sich im Juni 2009 die Berner KMU, der Gewerbeverband, der Kantonalverband bernischer Arbeitgeberorganisationen sowie der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern für ein Angebot mit beiden Modellen, mit und ohne Berufsmaturität an allen Schulorten, aus. Sie erachteten den Bedarf der Arbeitswelt für eine HMS-Ausbildung als nach wie vor vorhanden und ausgewiesen. Der Verlust von gegen 200 Ausbildungsplätzen könne durch zusätzliche Lehrstellen in anderen Bereichen nicht aufgefangen werden.» Und weiter schreibt der Regierungsrat: «Um die Mehrkosten der Umsetzung der neuen Bundesvorgaben zu kompensieren und der aktuellen finanziellen Situation des Kantons gerecht zu werden, wurden die Anzahl Wochenlektionen und die Anzahl Klassen pro Jahr mit dem Start der ersten Klassen im August 2011 reduziert.» (*Der Präsident läutet die Glocke.*) «Die Umsetzungsarbeiten sind im Kanton Bern weit fortgeschritten; die Investitionen für die Bildung in beruflicher Praxis, beispielsweise Einrichtung Lernbüro, sind getätigt. Kurzfristig ist somit kein Sparpotenzial mehr zu haben.»

Wir sind gegenüber unseren Partnern und Angestellten unglaubwürdig und für sie unzuverlässig. Solide Aufbauarbeit wird zunichte gemacht. Der Spareffekt wird aus den genannten Gründen kaum eintreten, auch weil man riskiert, die Traumquote von 95 Prozent Abschlüsse Sekundarstufe II nicht mehr zu erreichen. Wer nicht in einem anderen Vollzeitangebot unterkommt, riskiert arbeitslos zu werden. Einige der betroffenen Jugendlichen haben sehr begrenzte Alternativen, wie wir auch schon gehört haben. Letztes Wochenende beschloss die Mehrheit des Berner Stimmvolks, dass keine Sozialhilfeempfänger mehr eingebürgert werden dürften. Und gleichzeitig beschliessen wir Volksvertreterinnen und Volksvertreter in diesem Rat Massnahmen, die genau das begünstigen. Wir sind überzeugt von diesen Angeboten, weil sie dazu beitragen, dass Bern bei den Abschlüssen Sekundarstufe II einen Spitzenplatz belegt, weil wir da nachhaltig in die Jugend investieren und weil sich Bildung auf lange Sicht auszahlt. Wir bitten Sie, diesen Abänderungsanträgen und Planungserklärungen zuzustimmen, und natürlich auch der Motion Blaser.

Hans Kipfer, Thun (EVP). Jetzt diskutieren wir also den Massnahmenblock zur Berufsbildung. Auch nach der Meinung der EVP-Fraktion ist die Berufsbildung eine der Stärken des Kantons, die wir nicht ohne Not aufgeben wollen oder sollten. Der Kanton Bern ist ein Kanton mit kleingewerblichen Strukturen; die KMU-Betriebe tragen ihren Teil zur Vernetzung und zur Solidarität in der Gesellschaft bei. Um diese positiven Eigenschaften erhalten zu können, müssen wir das Gewerbe auch mit geeigneten Berufsleuten versorgen. Genau das ist der Auftrag der Berufsbildung. Hingegen ist die EVP-Fraktion nicht der Meinung, bei der Berufsbildung seien nicht auch effizientere Strukturen gefragt. Gerade die geografische Lage fordert uns heraus, das Gewerbe im ganzen Kanton geeignet zu versorgen. Hier ist strategischer Weitblick gefragt, der uns zwischenzeitlich etwas abhanden gekommen zu sein scheint. Deshalb reichten wir von der EVP die Planungserklärung ein, die Sie unter 22.e finden. Der Regierungsrat schlägt ASP-Massnahmen bei der Berufsbildung vor, schreckt aber davor zurück, politisch heikle Fragen anzugehen. Die FIKO ortet Sparpotenzial an Orten, wo sich sonst niemand die Finger verbrennen wollte. Und der Rat lehnt zum Teil wiederum alle effizienzsteigernden Massnahmen auch in der Berufsbildung ab. Jetzt begeben wir uns auf die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Dass dies der Qualität der Berufsbildung förderlich ist, wage ich zu bezweifeln.

Nach diesem Werbespot für unsere Planungserklärung für eine Gesamtsicht kann ich Ihnen die Haltung der EVP-Fraktion zum Block 22 darlegen. Zur Diskussion stehen die genannten fünf Massnahmenbereiche des Regierungsrats. In allen geht es um die Optimierung von Angeboten, Strukturen und der ganzen Steuerung. Genau solche kostenwirksamen Optimierungsmassnahmen erachten wir von der EVP als wirkungsvoll, damit der eigentliche Auftrag der Berufsbildung aufrechterhalten werden kann. Verzicht heisst hier wohl, gewisse Details zu opfern, damit wir die Sicht für das Gesamte nicht verlieren. Die EVP-Fraktion folgt in diesem Block bis auf eine Ausnahme dem Regierungsrat. Bei der Standortbereinigung Thun – hingegen nur bezüglich des BZ Pflege – sind wir überzeugt, dass es sich nicht um Optimierungsmassnahmen handelt. Deshalb unterstützen wir hier die Planungserklärung der FIKO. Alle anderen Anträge und Planungserklärungen lehnen wir mehrheitlich ab.

Eva Desarzens-Wunderlin, Boll (FDP). Auch die FDP wird alle Anträge ablehnen bis auf den korrigierten FIKO-Antrag unseres Parteikollegen Pierre-Yves Grivel. Wir erachten unser gutes Berufsbildungssystem im Kanton Bern als ausgewogen. Die Anträge des Regierungsrats im Topf 1 sind alles Massnahmen, in welchen er aufzeigt, dass gut aufgebaut wurde – unsere Schülerinnen und Schüler haben zu 95 Prozent einen Abschluss Sekundarstufe II –, dass aber eventuell, nämlich gemäss seinem Bericht, wenn man ihn genau anschaut, übersteuert wurde, und er also gerne nachjustieren möchte. Darum geht es bei den Anträgen des Regierungsrats. Ich finde sie massvoll in Anbetracht des im Budget eingestellten Gesamtvolumens für die Berufsbildung. Vorbehalte haben wir einzig bezüglich der Handelsschule in Biel für die Sportlichen. Wir würden sehr bedauern, wenn es sie nicht mehr gäbe, weil nicht sein darf, dass die Sportlichen nur ein Gymnasium besuchen können. Wir werden auch noch versuchen, eine Möglichkeit mit der Gewerbeschule zu eröffnen, so dass man die «Lädere» mit Sport kombinieren kann. Wir möchten aber auch, dass die Handelsschule bleibt, gibt es doch nicht so viele Optionen, wenn man eine Ausbildung machen und daneben noch sportlich aktiv sein möchte. Pierre-Yves Grivel zeigte auf, dass so gewaltig viele Stunden zusammenkommen, und auch Kollegin Samantha Dunning sagte, dabei sei eine beträchtliche Wegstrecke zurückzulegen. Wir wünschen uns, dass man dem entgegenkommt. Für uns wäre es kein Problem, dieses Angebot sinnvollerweise mit einem Gymnasium zusammenzulegen. Doch

würden wir bedauern, wenn man die Handelsschule nicht führen würde.

Die FIKO stellt den Antrag, die Räumlichkeiten des BZ Pflege in Thun in den Topf 2 zu verschieben. Weil sich das nicht bereits nächstes Jahr, sondern erst nachher auswirken würde, soll das nochmals überprüft werden. Einerseits stellt sich die Schule auf den Standpunkt, dass sie die Räumlichkeiten braucht. Andererseits wird es vermutlich ein Korrektiv geben, weil ab 2015 über die Kopfpause, also pro Schüler, bezahlt wird. Dann wird sich weisen, ob das BZ Pflege unter diesen Voraussetzungen den Standort Thun noch offen halten kann. Diesbezüglich ist noch Zeit zu überlegen, was effektiv laufen soll, weil es sich, wie von der FIKO erwähnt, 2014 noch nicht auswirken wird.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp). Für mich als Bildungspolitiker, als Berufsbildungspolitiker sogar, ist es natürlich hart, hier den Standpunkt zu vertreten, dass wir – auch ich – hinter dem Regierungsrat stehen. Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Massnahmen sind tatsächlich hart; zum Teil werden sie die einzelnen Schulen sogar sehr hart treffen. Doch geht es anderen Bereichen gleich. Wir hatten den Eindruck, der Regierungsrat habe hier stark gespart, jedoch da, wo es noch irgendwie zu vertreten ist, vor allem auch im interkantonalen Vergleich. Hingegen – es ist gesagt worden – ist schon möglich, dass wir in einigen Jahren merken werden, dass wir damit einen Fehler begangen haben, ist doch ein Input mit Geld das eine und der Output von Qualität etwas anderes. In diesem Benchmark sind wir schweizweit führend mit unserer Abschlussquote Sekundarstufe II, die uns sicher viel Geld im Sozialbereich ersparen wird.

Zu 17.2, Optimierung Vollzeitangebot, vielleicht noch ein Argument. Ziehen wir die Demografie in Betracht, sehen wir, dass die Schülerzahlen der Jahrgänge, die in den nächsten Jahren das Angebot der Sekundarstufe II nutzen werden, massiv abnehmen werden. Da erfreulicherweise die Konjunktur immer noch gut ist, ist dies ein Argument, diese Sparmassnahme zu vertreten.

Zur Optimierung HMS, fokussiert auf die Berufsmaturität: Ich unterrichtete selbst einmal an der Alpenstrasse in Biel an einer solchen Klasse. Es waren wunderbare Schüler, alle hell auf der Platte, leistungsbereit. Sie alle hätten eine Lehrstelle gefunden im dualen System, behaupte ich, auch wenn sie Secondos sind. In diesem Sinn setzen wir uns dafür ein, das duale System mit Lehrbetrieb und Berufsfachschule zu stärken.

Zum Bildungszentrum Pflege, Thun: Momentan steht Aussage gegen Aussage. Nicht, dass wir dem Direktor des BZ Bern nicht glauben würden, aber dass dieser es vielleicht nicht gerade himmelhoch jauchzend befürwortet, wenn das BZ in Thun schliesst und zu ihm kommt, ist nachvollziehbar. Wir möchten uns noch anhören, was Herr Regierungsrat Pulver dazu sagt. Momentan glauben wir der Information des Regierungsrats, dass man es dort unterbringen kann. Aber natürlich ist es eine harte Massnahme für das Oberland und den Standort Thun.

Zu 17.13, Erhöhung der Anzahl Lernende: Diesbezüglich interpellierte ich und wurde von der Antwort zufriedengestellt. Der Regierungsrat will dort offensichtlich ganz differenziert umsetzen. Es gibt handwerkliche Berufe, in denen es nicht möglich ist, die Anzahl der Lernenden über 12 pro Klasse zu erhöhen, dann gibt es andere wie den des Büroassistenten im kaufmännischen Bereich – aus dem ich komme –, in denen auch ich es als vertretbar erachte, die Klassengrösse auf 15 Schüler zu erhöhen. Deshalb stehen wir ebenfalls dahinter.

Sie können sich vorstellen, dass bei mir als Berufsschullehrer auch 17.14 grösste Sympathie geniesst. Obschon es hart ist, hier zu sparen, müssen wir hart und geradlinig bleiben. Deshalb unterstützen wir diese Massnahme. Wir werden uns also hinter alle Massnahmen des Regierungsrats stellen, ganz gut die Ohren spitzen, was der Regierungsrat noch sagt und uns danach definitiv festlegen bezüglich der Planungserklärung der Finanzkommission. In einem Schlusssatz bleibt noch zu würdigen, dass kein Antrag betreffend die Schule für Gestaltung vorliegt. Die Studierenden haben uns ja porträtiert. Auch sie sind betroffen von dieser Massnahme, doch steckten sie das ein und bemühen sich zu sparen.

Anna-Magdalena Linder, Bern (Grüne). Wir sind stolz auf das breite und vielfältige Bildungsangebot im Kanton Bern. Wir sind stolz auf die Berufsbildung im Kanton Bern und sind auch überzeugt, dass es ein Angebot in diesem Rahmen braucht. Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen betreffend Topf 1 können wir so nicht mittragen. Darum reichten wir die entsprechenden Anträge ein. Wir wollen eine starke Berufsbildung und eine gute Bildungsqualität, die für viele junge Menschen, aber auch für den Kanton Bern zukunftsweisend ist. Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen zur Massnahme 17.13, Erhöhung der EBA-Klassen. Die Leistungsschere der verschiedenen Lernenden klafft enorm auseinander. Nicht selten gibt es dort auch Lernende mit einem körperlichen Handicap. Es ist eine Herausforderung, alle Lernenden gleichermassen fördern zu

können. Mit der Erhöhung der Schülerzahl pro Klasse kann man dem nicht mehr gerecht werden. Erhöht man jetzt die Klassengrösse, schafft man Rahmenbedingungen, die der Idee der EBA-Ausbildung grundsätzlich widersprechen. Wir Grünen bitten Sie, unsere Anträge zu unterstützen. Die grüne Fraktion lehnt die Planungserklärung der Finanzkommission ab, während wir die Planungserklärung SP-JUSO-PSA und die Motion Blaser annehmen.

Thomas Rufener, Langenthal (SVP). Ich beschränke mich darauf, die Haltung der SVP-Fraktion zu den verschiedenen Planungserklärungen zu kommunizieren. Wir befinden uns in einer harten Spardebatte, viele Argumente wurden ins Feld geführt. Grundsätzlich sind wir der Auffassung, auch in diesem Bereich sei der nötige Beitrag zu leisten, um die Sparziele erreichen zu können. In diesem Sinn lehnen wir sämtliche Planungserklärungen zum Bereich 22.a ab und unterstützen die Planungserklärung der Finanzkommission. Betreffend den Bereich 22.d sind wir der Auffassung, erstens seien nur sehr wenige Studierende betroffen, zweitens bestünden in der deutschen Schweiz bereits drei Angebote. Diesbezüglich möchten wir die Ausrichtung der Finanzkommission nicht aufweichen, weshalb wir die Planungserklärungen Grivel und Dunning Thierstein ablehnen.

Präsident. Die Einzelsprechenden kommen zu Wort.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Ich rede nur zur Massnahme 17.6., Schule für Sport und Kultur, wozu ich Ihnen noch etwas bekannt geben möchte. Ich konnte an einer Veranstaltung teilnehmen, an der alle Beteiligten der Kurse «Sport und Kultur» anwesend waren. Alle legten ihre Fakten auf den Tisch. Alle Anwesenden äusserten sich klar, dass dies ein wichtiges Angebot sei. Anwesend waren verschiedene Sportverbände, die Schulen, das Baspo, die Stadt, Vertreterinnen und Vertreter des Kantons, und alle bekundeten ihren Willen, die Kurse für Sport und Kultur weiterzuführen. Wir haben dort eine spezielle Schule für Talentförderung für Leute mit hohem Trainingsaufwand, die daneben noch die Schule besuchen. Aus der Massnahme 17.6. ersehen Sie, dass sie für das Jahr 2014 nicht budgetrelevant ist, sie ist mit 0 beziffert. An der Informationstagung merkten wir, dass der Wille zu einer Lösung vorhanden ist, die den Kanton finanziell entlastet. Alle Organisationen erklärten sich bereit, an einer Lösung mitzuarbeiten, um den Kanton innerhalb eines Jahres finanziell entlasten zu können. Ich bitte Sie, die Planungserklärung BDP / FDP und EDU zu unterstützen und dadurch den interessierten Kreisen die Chance zu geben, innerhalb eines Jahres eine neue Lösung zu suchen, damit man in den folgenden Jahren die Kurse weiterführen und unter Umständen auf eine neue Basis stellen kann. Ich bitte Sie, dieser Planungserklärung zuzustimmen.

Enea Martinelli, Matten b.I. (BDP). Ich möchte nur zwei, drei Worte verlieren zur Krankenpflegeschule Thun. Man muss ein wenig wissen, wie die Ausbildung abläuft, nämlich meistens in Blöcken von sechs Monaten Dauer, während der die Schüler die Schule besuchen. Dann absolvieren sie ein Praktikum von sechs Monaten. Bereits heute haben wir im Oberland das Problem, dass uns die Praktikanten fehlen. Wird die Schule nun nach Bern verlegt, was man selbstverständlich tun kann, haben die Praktikanten natürlich das Bedürfnis, ihr Praktikum dort zu absolvieren, wo sie die Schule besuchen, weil sie dann nur eine Miete bezahlen und nur einmal eine Wohnung suchen müssen, während sie es sonst jedes halbe Jahr wieder tun müssen. Das ist die eine Tatsache. Zweitens hat das BZ Pflege aus eigenem Antrieb und teils selbstverständlich auch auf Druck in der ASP bereits 7,5 Mio. Franken Sparbeitrag geleistet. Ich glaube nicht, dass Sie irgendwelche Briefe erhalten haben, dass sich das BZ wehren würde gegen diese Sparmassnahmen; es ist gewillt, sie umzusetzen. Hier liegt uns eine Massnahme mit unsicherem Effekt vor. Wir wissen nicht, ob noch Räume zugemietet werden müssen, wie lange der Mietvertrag noch dauert, ob man allenfalls sogar bauen muss und so weiter. Die Schulleitung sagt uns, man könne frühestens 2018 umstellen, das heisst, dass die Massnahme auch nicht unmittelbar Wirkung erzielt. Den Synergieeffekt hat man primär, wenn man die Schüler am gleichen Ort ausbilden kann, was aber momentan offenbar nicht gegeben ist. Darum bitte ich Sie sehr, dem Antrag der FIKO zu folgen und auf die Schliessung des BZ Pflege in Thun zu verzichten.

Irène Marti Anliker, Bern (SP). Meine Interessenbindung gebe ich gerne bekannt. Ich bin die stellvertretende Leiterin des Fachbereichs Weiterbildung am Berner Bildungszentrum Pflege. Ich weiss also hier im Rat wahrscheinlich am besten, wie es dort aussieht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Standort Bern wurde gebaut mit der Überlegung, dass es noch den Standort Thun gibt. Im Berner Bildungszentrum für Pflege wird die Ausbildung für Pflegefachfrauen und -männer angeboten

und die Weiterbildung nach der Ausbildung beispielsweise für Anästhesie-, Intensiv- oder Notfallpflege. Zudem umfasst das Angebot noch viele kleinere Kurse. Entsprechend baute man das Gebäude.

In der Ausbildung führen wir Kurse mit 47 bis 50 Leuten, während wir in der Weiterbildung Kurse mit zirka 20, aber auch weniger Teilnehmenden durchführen. Daher würde die eine Kategorie gar nicht in die Räume der anderen passen. Jedenfalls müsste man für die Weiterbildung, würde man sie gemäss dem Vorschlag des Regierungsrats in seinem Faktenblatt auslagern, sehr teure bauliche Massnahmen ergreifen; davon abgesehen, dass die Weiterbildungen versorgungsrelevant sind, also der Kanton daran interessiert ist, dass sie stattfinden. Auch da gibt es Synergien zwischen Lehrpersonen, die am einen und am anderen Ort ihre Themen unterrichten. Prinzipiell ist die Verlegung also keine gute Sache. Zudem, Kolleginnen und Kollegen, erachte ich den Standort Thun als ganz wichtig für das Oberland, für die Oberländer Spitäler, Heime und Spitex-Organisationen, damit dort der Standard gewährleistet ist. Es wirkt sich sehr stark auf die Motivation aus, überhaupt diesen Beruf zu erlernen, und wir sind sehr darauf angewiesen, in Zukunft genügend Pflegefachleute zu haben. Deshalb bitte ich Sie, auch unsere Motion zu unterstützen, müsste doch das BZ Pflege so viel sparen, dass bei der Ausbildung des Nachwuchses der Pflegefachleute abgebaut werden müsste. Das finde ich gar keine gute Idee, haben wir doch schon jetzt nicht genug. Wir alle wissen ja, dass es da Probleme gibt.

Die Standortfrage ist aus meiner Sicht also keine echte Sparmassnahme, weil man in Bern auf jeden Fall zumieten müsste. Irgendwo müssen wir ja die Studierenden, die wir anziehen und aus- und weiterbilden wollen, unterbringen. Zudem ist der Campus in Bern bezüglich Infrastruktur auf die gegenwärtige Zahl der Studierenden ausgerichtet; auch dort bräuchte es Anpassungsleistungen. Ich bitte Sie dringend, den Standort Thun zu belassen und deshalb ebenfalls die Motion Blaser im Speziellen und insgesamt zu unterstützen.

Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (SP). Was heisst da Kostenoptimierung? Die demografische Entwicklung zeigt, dass es immer mehr alte und ältere Leute gibt. Wollen Sie das BZ Pflege in Thun schliessen, bedeutet das, dass in der Fachrichtung Pflege viel weniger Leute ausgebildet werden können. Genau das wird uns zum Verhängnis werden. Zunehmend mehr Pflegende aus der Baby-boomer-Generation werden pensioniert, und genau diese müssen ersetzt werden. Dafür braucht es das BZ Pflege in Thun. Das geht in die gleiche Richtung wie bei den Lehrwerkstätten. Auch dort ist es wichtig, dass Leute, die besondere Fähigkeiten haben, einen Beruf erlernen und danach ausüben können. Das ist für uns wichtig, wenn wir pensioniert und alt sein werden.

Präsident. Falls erwünscht, kommen nochmals die Antragstellenden zu Wort. Herr Blaser? – Ja. Herr Kropf? – Verzichtet. Frau Linder? – Verzichtet. Frau Rüfenacht? Verzichtet. Herr Grivel? – Renonce. Frau Dunning Thierstein? – Renonce. Herr Tromp? – Je nach dem Votum von Herrn Blaser. Hören wir also gut hin!

Andreas Blaser, Steffisburg (SP). Ich halte mich kurz. Mathias Tromp soll rasch weghören. Mich freute, dass man die Leistungen des Berufsbildungssystems und der Sekundarstufe II generell anerkennt. Doch scheint mir, man habe nicht ganz erkannt, dass die von Eva Desarzens angesprochene Justierung sich halt auch auf das System auswirkt. Sie können nicht justieren und meinen, das System werde danach gleich leistungsstark sein. Aber auch ich erkenne, wie die Mehrheitsverhältnisse in diesem Rat liegen. Noch zu einer Bemerkung, die mir etwas zu denken gab: Thomas Brönnimann sagte, möglicherweise werde man in einigen Jahren merken, dass man einen Fehler begangen habe. Das scheint mir doch ein heisser Lauf, wenn man bereits jetzt ahnen kann, dass es nicht gut herauskommen wird und man es trotzdem macht. Es wird sich erweisen; auch ich bin kein Prophet.

Ganz kurz noch zu den Handelsmittelschulen: Es wurde richtig gesagt, dass dort leistungsstarke Lernende sind, die mittels Aufnahmeprüfung selektiv aufgenommen wurden. Das Problem ist aber, dass 140 Ausbildungsplätze verschwinden und die Leistungsstarken in die duale Lehre einsteigen werden, während die 140 anderen mit grosser Wahrscheinlichkeit keinen Ausbildungsplatz mehr haben werden. Das halte ich doch für gravierend. Mich freut auch, dass die Pflegefachschule am Standort Thun als wichtige Bildungsinstitution auch aus volkswirtschaftlicher Sicht erkannt worden ist. Ich hoffe, dass zumindest dieser Antrag so überwiesen wird, wie ihn die Finanzkommission stellt.

Präsident. Herr Tromp will doch etwas sagen. Sie können erstaunlich ruhig sein. Ich muss Sie einfach sechs Stunden weich kochen, dann geht es tiptopp. (*Heiterkeit*)

Mathias Tromp, Bern (BDP), Sprecher der Finanzkommission. Nur zur Klarstellung: Sie können problemlos den Antrag SP-JUSO-PSA, Blaser, ablehnen und der Planungserklärung der FIKO zustimmen. Dann verbleibt das Betriebszentrum Pflege immer noch am Standort Thun. Das wollte ich sicherstellen.

Präsident. Wir danken für diese Klarstellung.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor. Zu allen Punkten, auch dort, wo die FIKO weniger sparen will als der Regierungsrat, möchte ich Ihnen sagen, weshalb unsere vorgeschlagenen Sparmassnahmen vertretbar und sinnvoll sind. Diese Massnahmen habe ich nicht gesucht; ohne den aktuellen Spardruck hätten wir sie nicht erwogen. Sie alle hätten sie auch nicht gesucht. Wenn ich Ihnen nun erkläre, weshalb wir diese Massnahmen sinnvoll finden, und auch etwas Energie in den Versuch investiere, es zu erklären, tue ich das nicht, weil mein Herzblut darin fliesst und ich die Massnahmen gesucht hätte – genauso wenig wie Sie. Doch führten wir eine Angebots- und Strukturüberprüfung durch. Im Bereich Berufsbildung prüften wir, wo wir Angebote abbauen und Strukturen bereinigen könnten, um langfristig die Kostenstruktur zu senken. In der Berufsbildung haben wir heute eine Kostenstruktur, die sich im Benchmark mit 107 Prozent des schweizerischen Durchschnitts als teurer als in anderen Kantonen erweist. Wir leisten uns also eine überdurchschnittlich teure Berufsbildung. Damit erreichen wir auch viel. Das Geld ist nicht zum Fenster hinausgeworfen. In unserem Kanton haben wir eine Berufsbildungsabschlussquote von 95 Prozent. Das soll uns jemand nachmachen! 95 Prozent aller jungen Erwachsenen haben entweder einen Abschluss auf Berufsbildungs- oder gymnasialer Stufe. Hingegen sind wir auch nicht der einzige Kanton der Schweiz mit derart guten Ergebnissen. Man kann es wahrscheinlich auch mit anderen Massnahmen erreichen, dazu braucht es nicht jede unserer eigenen im Berufsbildungsbereich. Darum versuchte ich gemeinsam mit meinen Fachleuten zu prüfen, welche Sparmassnahmen man ergreifen könnte, ohne dass die Bildung Schaden nimmt; welche Struktur und welches Angebot wir nach eingehender Überlegung als vertretbar erachten würden. Das Resultat liegt Ihnen vor. Selbstverständlich werden wir die Massnahmen mit Augenmass umsetzen. Geht es nicht, das Betriebszentrum Pflege von Thun nach Bern zu holen und dadurch günstiger zu wirtschaften, werden wir versuchen, anderswie zu sparen. Auch die neue Klassengrösse im Bereich EBA werden wir mit Augenmass umzusetzen versuchen. Und wir sind ebenfalls mit der Schule für Gestaltung im Kontakt, um die Massnahme sinnvoll umsetzen zu können. Aber trotzdem sind es Angebotsreduktionen, Strukturbereinigungen. Ich gehe nun der Reihe nach auf die kritisierten Massnahmen ein. Die Massnahme 17.2, Vorkurs Schule für Gestaltung, ist bestritten von einem Antrag SP-JUSO-PSA, Blaser. Dieser Vorkurs an der Schule für Gestaltung ist eine tolle Sache; er war es schon, als ich noch ins Gymnasium ging. Wer den Vorkurs der Schule für Gestaltung besuchen konnte, gehörte zu denen, die in den Olymp der Grafik und so weiter kamen. Es ist wirklich eine gute Sache. Allerdings wurde inzwischen die Grafikerlehre von drei auf vier Jahre verlängert. Man kann sich fragen, ob es dafür noch einen Vorkurs von einem Jahr braucht, sodass sie insgesamt fünf Jahre dauert, und davon noch ein ansehnlicher Teil, fast alles, im Vollzeitangebot an den Lehrwerkstätten. So könnte man sagen, dass die Schule für Gestaltung den Grafikerlehrlingen nicht noch einen Vorkurs von einem Jahr anzubieten braucht, sondern dass vier Jahre Berufsbildung genügen. Ich glaube, das ist – nach einer gewissen Trauerphase – an der Schule für Gestaltung inzwischen akzeptiert. Wo der Vorkurs hingegen als Propädeutikum an die Fachhochschule führt, werden wir ihn beibehalten. Insgesamt werden wir das Sparvolumen erreichen, auch mit anderen Korrekturen, aber im Rahmen der Grafikerlehre werden wir den Vorkurs abbauen. Ja, auch für die Grafiker war er etwas Schönes, aber diese Reduktion, diese Strukturbereinigung ist durchaus vertretbar.

Zum BZ Pflege betreffend den Standort Thun, aber auch generell: In einem Bereich, auch interkantonal, liegen unsere Kosten überdurchschnittlich hoch, nämlich bei den höheren Fachschulen, in der höheren Berufsbildung. Dort realisieren wir gute Sachen. Analysiert man es aber, muss man zugeben, dass das BZ Pflege überdurchschnittliche Kosten ausweist. Ein Kostentreiber ist auch die Verteilung auf zwei Standorte. Müssen wir eine Strukturbereinigung umsetzen, ohne dass wir das eigentliche Angebot abbauen wollen, müssen wir auch in diesem Bereich eine sinnvolle Sparmassnahme vollziehen. Im Vergleich zu anderen Kantonen ist das Curriculum des Studiengangs aufwendig und anzupassen. Für die Absolventinnen FaGe wird er von zweieinhalb auf zwei Jahre ver-

kürzt. Wir werden noch Raum gewinnen für das BZ Pflege, und am Standort Bern können wir auch die Klassen anders organisieren. Ob wir dann tatsächlich alles – auch gewisse Weiterbildungsangebote, wie Frau Marti Anliker anführte – am Standort Bern unterbringen können werden oder vielleicht auslagern müssen, können wir jetzt nicht sicher sagen. Vor der Veröffentlichung der Massnahmen konnten wir ja nicht mit der Arbeit beginnen. Jetzt sind wir im Kontakt mit der Schule. Sollte es schliesslich zu teuer zu stehen kommen und die Verlegung des Standorts keinen Sparertrag bringen, werden wir das BZ selbstverständlich in Thun belassen. Verboten Sie uns aber nicht von vornherein, diesen Standort zu schliessen.

Praktika macht man in allen Regionen. Es gibt auch Bernerinnen und Berner, die ihre Praktika in Zweisimmen absolvieren. Auch wenn der Standort Thun nicht mehr geführt wird, werden die Auszubildenden im ganzen Oberland und überall sonst in den Praktika anzutreffen sein, werden sie doch auf sämtliche Spitäler im Kanton verteilt. Dieser Versuch einer Strukturbereinigung ist meiner Meinung nach durchaus sinnvoll und hat keinen Abbau am Bildungsangebot zur Folge. Es stimmt, dass Leute, die von Interlaken her kommen, dann in Thun nicht aussteigen dürfen, sondern bis nach Bern fahren und dort den Kurs besuchen müssen. Aber in Anbetracht dessen, dass wir im Budget 400 Mio. Franken einsparen müssen, dünkt mich das vertretbar.

Die Massnahme 17.13, Optimierung Steuerung Berufsfachschulen, wird von der SP-JUSO-PSA und auch von den Grünen bestritten. Für die Berufsfachschulen kennt der Kanton Bern eine dezentrale Struktur mit mehreren Schulorten. Daraus ergeben sich in den Stütz- und Förderkursangeboten manchmal beträchtliche Zweispurigkeiten. Wir meinen, dass man dort – auch bei den EBA-Klassen – die Klassengrösse mit Augenmass nochmals anheben kann. Das freut auch mich nicht sehr, lässt sich meiner Meinung nach aber vertreten.

Auch die Massnahme 17.14, Entlastungen im Bereich Lehrkräfte berufliche Grundausbildung, ist bestritten von der SP-JUSO-PSA, Blaser, und den Grünen, Linder. Es wäre eine gute Sache gewesen, alle Lehrkräfte in der beruflichen Grundbildung, also im dualen System, nicht nur um eine halbe, sondern eine ganze Klassenlehrerlektion zu entlasten. Das hätte ich ausserordentlich gerne getan, und es wäre meiner Ansicht wirklich eine gute Sache. Andere Kantone haben jedoch die Entlastung von einer ganzen Klassenlehrerlektion nicht oder sogar abgeschafft. Wir haben diese Verbesserung für die Lehrkräfte noch gar nicht eingeführt. Ich hätte es wirklich gerne getan, hingegen können wir im gegenwärtigen finanziellen Rahmen nicht noch bei den Anstellungsbedingungen ausbauen, was andere Kantone auch nicht haben.

Jetzt stehen die zwei ganz schwierigen Themen an, die ausführlich diskutiert wurden: die Handelsmittelschule und insbesondere das CFCi in Biel. Diese Frage zu den Handelsmittelschulen wurde mir bereits anlässlich der Berufsschulorganisation 2008 gestellt. Damals verzichtete ich auf die Massnahme. Das Angebot an Lehrstellen für kaufmännische Ausbildungen mit EFZ-Abschluss im dualen System genügt längst. Der Kanton Bern bietet nun aber als einziger in der deutschsprachigen Schweiz Lehrstellen mit «nur» EFZ-Abschluss im Vollzeitangebot auch an Handelsmittelschulen an. Alle anderen Deutschschweizer Kantone bieten Handelsmittelschulen nur mit Berufsmaturität und nicht mit EFZ an. In Anbetracht dessen entschied ich mich schweren Herzens für die Massnahme. Das haben die Schulen im deutschsprachigen Kantonsteil denn auch akzeptiert. Es ist eine harte Massnahme, die auch zu einigen Entlassungen führen wird, aber sachlich lässt sie sich vertreten.

Im französischsprachigen Kantonsteil haben wir drei Standorte – dessen müssen Sie sich bewusst sein: drei Standorte –, wo wir EFZ integriert in einer Handelsmittelschule anbieten, nämlich in Tramelan, La Neuveville und Biel. In der ganzen Romandie bieten es nicht alle Kantone an; insgesamt gibt es dort zehn Standorte, davon drei im Kanton Bern. Ziehen Sie einmal die Bevölkerungsanteile in Betracht! Neuenburg hat, glaube ich, zwei Standorte, Genf drei und Jura einen, während wir für die 70 000 französischsprachigen Einwohner deren drei anbieten. Müssen wir nun im Rahmen dieser Angebots- und Strukturüberprüfung von drei auf zwei Standorte reduzieren, halte ich das noch nicht für eine brutale Sparmassnahme, wie ich mir in Biel oft anhören musste. Alle Welschen in unserem Kanton, alle aus dem Berner Jura, die ein Gymnasium besuchen, fahren mit dem Zug nach Biel. Nun, finde ich, ist auch den Welschen aus Biel zuzumuten, den Zug nach La Neuveville oder Tramelan zu nehmen, wo an der Handelsschule die Berufsbildung mit EFZ-Abschluss integriert ist. Das ist noch keine brutale Sparmassnahme, und ich habe sie auch nicht gesucht, aber wir bereinigen die Strukturen!

Zum Antrag Grivel, die Ausbildung «sport – culture étude» weiterzuführen: Stünde dazu nicht noch in Klammer CFCi, wäre ich einverstanden. Wir führen «sport – culture étude» auch weiter. «Sport – culture étude», nämlich Talentförderung, wird in Biel an den Gymnasien, den Fachmittelschulen,

den Berufsfachschulen für gewerblich industrielle und Dienstleistungsberufe, der Handelsschule mit Berufsmaturität betrieben. Wir können sie auch im dualen System und in der reinen EFZ-Ausbildung an der Handelsmittelschule anbieten. – Es ist etwas kompliziert, ich gebe es zu.

Von den 122 Talenten studieren 28 an der Handelsmittelschule an der Alpenstrasse. Davon sind nicht alle in der EFZ-Ausbildung, sondern zum Teil machen sie die Berufsmaturität. Pro Jahr sind es vier Sporttalente mit der Swiss Olympic Talents Card – vier. Einige haben diese Talents Card nicht. Für sie finden wir in Biel auch andere Lösungen, oder sie machen die Berufsmaturität. Unser Mittelschul- und Berufsbildungsamt hat schon andere Probleme gelöst, als für diese Talente in Biel eine Lösung zu finden. Sie könnten ihre EFZ-Ausbildung weiterhin an der Handelsschule in La Neuveville absolvieren. Jetzt noch eine Klasse EFZ integriert an der Handelsmittelschule in Biel weiterzuführen ist ziemlich aufwendig, muss doch nach neuester Vorschrift auch noch ein Praxisteil angeboten werden. Wollen wir jetzt also irgendwo sparen, ist es sicher sinnvoll, diese Strukturbereinigung für die französischsprachigen Einwohner unseres Kantons vorzunehmen. Mit den Standorten La Neuveville und Tramelan für die Handelsmittelschulen können wir ihnen immer noch eine gute Lösung anbieten. Und für die Sporttalente können wir Lösungen finden im dualen System, an der Handelsmittelschule mit Berufsmaturität in Biel oder, falls sie an der Handelsmittelschule in La Neuveville mit EFZ-Abschluss studieren wollen, mit «sport – culture étude» in Biel. Das bringen wir zustande. Deshalb bitte ich Sie, alle Anträge abzulehnen, auch jenen der FIKO und jenen von Herrn Grivel. Diese Sparmassnahmen haben wir ebenfalls nicht gesucht, aber sie lassen sich so vertreten.

Präsident. Ich lasse nach Ziffern abstimmen. Zu den Massnahmen 17.6 und 17.9 wird es unter Umständen zwei Abstimmungen geben. Wird beschlossen, auf die Planungserklärung SP-JUSO-PSA und Grüne zu verzichten, ist die Planungserklärung Grivel integriert. Fällt sie durch, werde ich anschliessend noch über die Planungserklärung BDP, FDP und EDU und SP-JUSO-PSA, Frau Dunning, abstimmen lassen.

Genau das gleiche Spielchen werden wir bei der Massnahme 17.9 veranstalten. Setzt sich der Verzicht der SP-JUSO-PSA, Blaser, durch, ist darin die FIKO integriert, andernfalls werde ich eine separate zweite Abstimmung durchführen. Danach werden wir noch über 17.13 und 17.14 abstimmen. Wer den Antrag SP-JUSO-PSA zur ASP-Massnahme 17.2, also den Verzicht auf die Massnahme will, stimmt Ja; wer nicht darauf verzichten will, stimmt Nein.

Abstimmung (VA 2014, ASP-Massnahme 17.2, Antrag SP-JUSO-PSA (Verzicht auf Massnahme))

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 48

Nein 107

Enthalten 0

Präsident. Sie wollen nicht auf die Sparmassnahme verzichten. Zu 17.6, Planungserklärung SP-JUSO-PSA und Grüne. Wer auf die Massnahme generell verzichten will, stimmt Ja; wer nicht verzichten will, stimmt Nein.

Abstimmung

(VA 2014, ASP-Massnahme 17.6, Planungserklärung SP-JUSO-PSA / Grüne (Verzicht auf Massnahme))

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 47

Nein 106

Enthalten 0

Präsident. Sie wollen nicht generell auf die Massnahme verzichten. Jetzt folgt die Abstimmung zum Teilaspekt gemäss Planungserklärung BDP, FDP und EDU sowie SP-JUSO-PSA, Dunning Thierstein). Wer dieser Planungserklärung zustimmen will, stimmt Ja; wer dem Antrag im Sinn des Regierungsrats zustimmen will, stimmt Nein.

Abstimmung (VA 2014, ASP-Massnahme 17.6, Planungserklärung BDP / FDP / EDU (Grivel) und SP-JUSO-PSA (Dunning Thierstein))

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 59

Nein 84

Enthalten 10

Präsident. Sie haben die Planungserklärung BDP, FDP und EDU sowie SP-JUSO-PSA abgelehnt. Wir kommen zu 17.9, zuerst wieder zum generellen Verzicht auf die Massnahme in Sinn der SP-JUSO-PSA. Wer generell verzichten will, stimmt Ja, wer nicht verzichten will, stimmt Nein.

Abstimmung (VA 2014, ASP-Massnahme 17.9, Antrag SP-JUSO-PSA (Verzicht auf Massnahme))

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 49

Nein 106

Enthalten 0

Präsident. Sie haben den generellen Verzicht abgelehnt. Nun zum Standort Thun gemäss Planungserklärung FIKO. Wer die Massnahme in den Topf 2 verschieben, also der FIKO zustimmen will, stimmt Ja, wer dem Regierungsrat folgen will, stimmt Nein.

Abstimmung

(VA 2014, ASP-Massnahme 17.9, Planungserklärung FIKO (Verzicht auf Standortschliessung Thun))

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 119

Nein 27

Enthalten 6

Präsident. Sie haben dem Antrag der FIKO zugestimmt. Zur Sparmassnahme 17.13. Wer darauf verzichten will im Sinn der SP-JUSO-PSA und der Grünen, stimmt Ja, wer nicht verzichten will, stimmt Nein.

Abstimmung

(VA 2014, ASP-Massnahme 17.13, Antrag SP-JUSO-PSA (Blaser) / Grüne (Kropf) (Verzicht auf Massnahme))

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 49

Nein 105

Enthalten 1

Präsident. Sie wollen auf diese Massnahme nicht verzichten. Zur ASP-Massnahme 17.14. Wer darauf verzichten will im Sinn der Grünen, stimmt Ja; wer nicht verzichten will, stimmt Nein.

Abstimmung (VA 2014, ASP-Massnahme 17.14, Antrag SP-JUSO-PSA (Blaser) / Grüne (Linder) (Verzicht auf Massnahme))

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 49

Nein 103

Enthalten 2

Präsident. Auch diese Sparmassnahme haben Sie gutgeheissen. Damit hätten wir die Themenbereiche 22.a und 22.d im Prinzip erledigt. Ich gehe davon aus, dass die Motion 240-2013 SP-JUSO-PSA, Blaser, Steffisburg «Berufsbildung darf nicht geschwächt werden» obsolet, in diesem Sinn zurückgezogen ist und nicht mehr zur Abstimmung kommt.

22.b Gartenbauschule Oeschberg

Planungserklärung Finanzkommission

ASP-Massnahme 17.4 Gartenbauschule Oeschberg: Der Standort der Gartenbauschule Oeschberg ist zu erhalten. Jedoch ist eine Zusammenarbeit mit möglichen Partnerorganisationen anzustreben und das finanzielle Engagement des Kantons zu reduzieren.

Planungserklärung Grimm, Burgdorf (glp/CVP)

ASP-Massnahme 17.4 Gartenbauschule Oeschberg:

1. Bei der Gartenbauschule Oeschberg ist auf Kürzungen zu verzichten.
2. Die administrative Integration der GSO in das Bildungszentrum Emme (bze) ist weiter voranzutreiben.

Planungserklärung SP-JUSO-PSA (Stucki, Bern)

Auf die in der ASP-Massnahme 17.4 vorgesehene Kürzung (Gartenbauschule Oeschberg) ist zu verzichten (keine Verschiebung von Topf 2 in Topf 1).

Planungserklärung BDP (Studer, Utzenstorf)

ASP-Massnahme 17.4: Die Gartenbauschule Oeschberg soll auf den 1. August 2014 an das neu zu gründende Bildungszentrum (bze) in Burgdorf angegliedert werden. Die Synergieeffekte bei der Administration und den Finanzen sind zu realisieren. Die Rektorenstellen von heute drei (Berufsfachschule Emmental, kaufmännische Berufsschule Emmental und Gartenbauschule Oeschberg) sind auf eine zu reduzieren.

Planungserklärung SVP (Rufener, Langenthal)

ASP-Massnahme 17.4: Auf eine Schliessung der Gartenbauschule Oeschberg (GSO) ist zu verzichten. Der Regierungsrat wird jedoch beauftragt,

- eine Zusammenarbeit der GSO mit dem Bildungszentrum Emme (bze) oder gegebenenfalls mit dem Inforama zu veranlassen.
- mit der GSO weitere Sparvorschläge auszuarbeiten.

Planungserklärung Pfister, Zweisimmen (FDP)

Die GSO mit dem Schulrat und den Branchenverbänden werden beauftragt, mit einer geeigneten Partnerorganisation eine Zusammenarbeit anzustreben mit dem klaren Ziel der Kostenoptimierung. Bei der Neuausrichtung ist zu prüfen, inwieweit die Gartenbauschule Hünibach mit einzubeziehen ist, um auch dort die Kosten zu optimieren.

22.c Lehrwerkstätten Bern

Planungserklärung Grüne (Iannino Gerber, Hinterkappelen)

Auf die ASP-Massnahme 17.5 (Entlastungen bei den Lehrwerkstätten Bern) ist vollumfänglich zu verzichten.

Planungserklärung SP-JUSO-PSA (Stucki, Bern)

Auf die in der ASP-Massnahme 17.5 vorgesehene Kürzung (Lehrwerkstätten Stadt Bern) ist zu ver-

zichten (keine Verschiebung von Topf 2 in Topf 1).

Planungserklärung Stucki, Bern (SP) / Blaser, Steffisburg (SP) / Baltensperger, Zollikofen (SP) / Kohli, Bern (BDP) / Desarzens, Boll (FDP) / Hadorn, Ochlenberg (SVP) / Schürch, Huttwil (SVP) / Wyss, Wengi (SVP) / Wenger, Spiez (EVP) / Oester, Belp (EDU)

ASP-Massnahme 17.5 Entlastung Lehrwerkstätten: Auf diese Massnahme ist zu verzichten. Der Regierungsrat wird jedoch beauftragt,

- mit der Stadt Bern Verhandlungen aufzunehmen bezüglich einer Reduktion des Mietzinses für den Standort Felsenau der Lehrwerkstätten (ca.1 Mio. Franken)
- mit den Lehrwerkstätten Bern LWB weiter Sparmassnahmen zu prüfen

Planungserklärung Studer, Utzenstorf (BDP)

ASP-Massnahme 17.5 Entlastung Lehrwerkstätten: Mit der Stadt Bern sind Verhandlungen aufzunehmen, damit nach Ablauf der bestehenden Mietverhältnisse per April 2016 der neue Mietzins beim Standort Felsenau der Lehrwerkstätten ab 1. Mai 2016 im Minimum um 1 Million Franken reduziert werden kann.

Geschäft 2013.1165

I 227-2013 Brönnimann, Mittelhäusern (glp) – «ASP-Topf 2 Oeschberg, Hünibach, LWB, HMS»

Gemeinsame Beratung der Themenbereiche 22.b und 22.c.

Präsident. Zur Beratung eine Vorbemerkung: Die Schliessungen sind vom Tisch. Reden Sie mir hier nicht über die Schliessung. Wir haben diverse Planungserklärungen. Beim Thema Gartenbauschule Oeschberg sind Ziffer 1 der Planungserklärung Grimm, die Planungserklärung der SP-JUSO-PSA und der erste Punkt der Planungserklärung SVP obsolet.

Ebenfalls stellte ich fest, dass Ziffer 2 der Planungserklärung Grimm, der erste Teil der Planungserklärung BDP und Punkt 2 der Planungserklärung SVP identisch sind. Die werde ich miteinander zur Abstimmung bringen. Sie wollen grosso modo Dasselbe. Herr Rufener erwähnt noch das Inforama, aber das liegt in der Streubreite.

Über Punkt 3 der Planungserklärung BDP, Studer, mit der Rektorenstelle, werden wir separat abstimmen.

Die Finanzkommission reichte eine generelle Planungserklärung ein, die über allen steht. Ganz anders ist auch die Planungserklärung Pfister. Darüber werden wir ebenfalls separat abstimmen. Zu den Lehrwerkstätten sind die Planungserklärungen Grüne und SP-JUSO-PSA ebenfalls obsolet. Dort werden die Abstimmungen um einiges einfacher sein. Nun kommen der Reihe nach alle Antragstellenden beider Themenbereiche zu Wort, anschliessend die Fraktionssprechenden, zuerst aber für die Finanzkommission Herr Iseli.

Jürg Iseli, Zwieselberg (SVP), Präsident der Finanzkommission. Die FIKO stach mit ihrem ersten Antrag ins Wespennest. Wir erhielten extrem viele Reaktionen und änderten letzten Dienstag unsere Planungserklärung so ab, dass die Schliessung beider Institutionen nun vom Tisch ist. Die Planungserklärung der Finanzkommission ist ausgewogen. Sie visiert Ziele an, die wir erreichen möchten. Die Massnahmen, die bereits im Gang sind, sind richtig und werden durch die Planungserklärung der Finanzkommission noch gestärkt. Den Oeschberg als kantonale Gartenbauschule akzeptieren wir, möchten aber, dass die laufenden Massnahmen umgesetzt werden, damit wir in die richtige Richtung gehen und das finanzielle Engagement des Kantons mittelfristig reduziert werden kann. Es ist nicht die Rede davon, es vollständig zurückzuziehen, aber es soll reduziert werden.

Unsere Planungserklärung zu den Lehrwerkstätten zogen wir zugunsten der überparteilichen Planungserklärung zurück. Wir erachten sie als zielführend und hilfreich für den Fortbestand der Schule. Ich bitte Sie, die Planungserklärung der Finanzkommission zum Oeschberg zu unterstützen und somit der Schule zu ermöglichen, sich in die richtige Richtung zu entwickeln.

Präsident. Nun kommt Herr Grimm zu seiner Planungserklärung zu Wort. – Frau Stucki, Ihre Planungserklärung ist obsolet. Sie kommen erst später an die Reihe.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). 20 800 Leute aus der Region Oeschberg verlangten mittels einer Petition, die Gartenbauschule Oeschberg nicht zu schliessen. Das wurde erhört; ich danke der Finanzkommission, dass sie umschwenkte; vielen Dank! Das verkürzt jetzt auch die Beratung.

In Burgdorf entsteht per 1. August 2014 eines der drei grössten Berufsbildungszentren im Kanton Bern. Meine Planungserklärung bittet darum, die Gartenbauschule Oeschberg zukünftig ins bze, wie das Zentrum heissen wird, zu integrieren. Weshalb? Die Arbeiten im bze zielen schon seit längerer Zeit darauf ab. Mit der Integration ins bze können mehrere Synergien genutzt werden. Das ist sinnvoll, weil ohnehin die ganze Berufsschullandschaft im Emmental umgebaut wird. Dabei sollen neue Überlegungen geprüft werden. Der heutige Leiter der Gartenbauschule Oeschberg ist bereits gewählt als Direktor des neuen Bildungszentrums Emmental ab dem 1. August 2014. Das bze hat bereits heute sehr viel Know-how im grünen Bereich.

Deshalb komme ich direkt auf die Planungserklärungen zu sprechen, die wir in gewissen Punkten zusammenlegten und selbstverständlich alle unterstützen. Wir unterstützen ebenfalls den Teil der Planungserklärung von Peter Studer, worin es um die Rektorenstelle geht; ebenfalls den Antrag von Thomas Rufener, wobei hier noch zu klären wäre, ob das Inforama allenfalls von der Volkswirtschaftsdirektion wieder in die Erziehungsdirektion überführt würde. Aber es ist eben eine Planungserklärung; das lassen wir einmal so stehen.

Hans-Jörg Pfister verlangt, auch die Gartenbauschule Hünibach zu prüfen. Das erachten wir als sinnvoll. Wenn wir schon alles überprüfen, dann auch das! Dazu liegt kein Antrag auf Schliessung vor. Das Fazit aus der Sicht der glp-CVP-Fraktion ist – ich spreche hier auch gerade als Fraktions-sprecher –, dass wir mit einer administrativen Zusammenführung im bze oder einer ähnlichen Lösung die Anliegen sicher umsetzen können.

Noch kurz zu den Lehrwerkstätten: Da die FIKO ihre Planungserklärung zurückzog, müssen wir nicht mehr über eine Schliessung diskutieren. Der glp-CVP-Fraktion ist sehr wichtig, dass wir das duale Bildungssystem unterstützen, es also nicht schwächen. Wichtig ist uns aber auch, uns dessen bewusst zu sein, dass ein «Stift», wenn er die «Lädere» besucht, eben nicht das zehnte Schuljahr besucht und uns dadurch Geld spart. Dort bestehen sicher Optimierungsmöglichkeiten, die Verhandlungen mit der Stadt sollen vorangetrieben werden; dahinter stehen wir. Auch die LWB soll optimiert werden; zu finden ist sicher etwas. Wir nehmen alle Planungserklärungen an.

Präsident. Ich wurde gefragt, was «obsolet» bedeute. Wenn kein Schliessungsantrag vorliegt, kann man diesen auch nicht bekämpfen, es ist überflüssig. Zum Antrag der BDP-Fraktion hat Herr Studer das Wort.

Peter Studer, Utzenstorf (BDP). Erlauben Sie mir vorgängig eine Bemerkung:

«Grüne Garte, dunkli Schatte
Hinge dra der Öschebach
Säg, mys Härz, was wosch no meh?
Öschbärg, Öschbärg, du my liebi Heimat
Schöner, schöner chas jo niene sy.
I ha gäng chli Fröid gha dranne
Dass ig ou en Öschbärger bi.

Chumm cho luege, chumm cho gschoue
Üse einzigartig Gartepark!
Lüt us aune Herre Länder
Chöme schaarewys derhär
U wei cho luege u cho gschoue
Üse famose Gartepark.»

So oder ähnlich müsste etwa das Jodellied «Bärnbiet» von Jakob Ummel umgeschrieben werden, um der Oase Gartenbauschule als Aus- und Weiterbildungsstätte auch in Zukunft gerecht zu werden.

Warum die Planungserklärung zur Massnahme 17.4? Auch die abgeänderte Version der Planungserklärung der Finanzkommission ist zu schwammig und nicht zielführend. Nach der ASP-Sparrunde könnten später weitere Begehren die Gartenbauschule betreffen. Tun wir also diesen Schritt mit gezielten Massnahmen, die aufzeigen, in welche Richtung es gehen soll. Zudem enthält die Pla-

nungserklärung der Finanzkommission eine Forderung an die Gartenbauschule, die schon lange umgesetzt wird. Folgende Partnerorganisationen arbeiten seit Jahren mit der Gartenbauschule zusammen: die Fachstelle für Obst und Beeren, das Dienstbotenheim Oeschberg, der Beratungsdienst und das Berufsbildungssekretariat von «JardinSuisse», die schweizerische Zentralstelle für Gemüsebau, die staatliche Dienstleistungs- und Beratungsstelle Waldabteilung 6, die Fachmesse «öga», das europäische Institut für Qualitätsmanagement, die grünen Techniker und selbstverständlich die Gemeinde Koppigen. Das zeigt, dass die Forderung der FIKO betreffend Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen schon längst praktiziert wird. Die 70 Mitarbeitenden, die sich in die 40 Vollzeitstellen des übrigens zweitgrössten Arbeitgebers der Region Koppigen teilen, versuchen seit Jahren gemeinsam mit der Direktion, einen neuen innovativen Weg zu gehen und den schon heute einmaligen Eigenfinanzierungsgrad der Schule von 50 Prozent auf über 65 Prozent zu erhöhen, wenn die «öga» stattfindet. Welche andere Schule im Kanton Bern kann noch einen solchen Finanzierungsgrad vorweisen? Mir jedenfalls ist keine bekannt.

Mir ist klar, dass auf die «öga», die alle zwei Jahre mit über 400 Ausstellern über 20 000 Besucher aus ganz Europa in unsere Gegend lockt und somit eine Wertschöpfung von gegen 6 Mio. Franken ins Bernbiet, in die Region Koppigen bringt, nicht zu verzichten ist. Mir ist bewusst, dass dazu auch der gute Standort beiträgt. Aber, wer te Anwesende, vergessen Sie nicht, dass es Bestrebungen gibt, diese Ausstellung in die Region Aarau zu verlegen. Wollen wir das? Das ist sehr gefährlich. Jährlich werden in der grünen Branche 40 Jugendliche auf der Stufe Attestlehre ausgebildet, damit sie eine bessere Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Zudem besuchen Gärtner überbetriebliche Kurse, und 300 Lernende aus dem Verbandsgebiet bringen über 3000 Kurstage auf den Oeschberg und helfen mit, diesen einzigartigen Gartenpark mit minimalen Kosten zu pflegen. Sollte diese Ausbildungs- und Ausstellungsinstitution reduziert oder ganz umgekrempelt werden, müsste der Kanton grosse Investitionen tätigen, um den vielleicht neuen oder geschrumpften Standort wieder irgendwo anzugliedern. Der Baurechtzins von jährlich 30 000 Franken müsste noch bis März 2078 bezahlt werden, um den Vertrag mit dem OGV des Amtes Burgdorf zu erfüllen. Für die restlichen Jahre betrügen die Kosten noch rund 1,9 Mio. Franken.

Weil die Schulleitung stets sehr innovativ und mit viel Herzblut handelte und das auch künftig tun will, und weil sie sich ihrer Verantwortung und der regionalen Bedeutung bewusst ist, wurde in Anbetracht der Sparmassnahmen im Kanton Bern auch punkto Administration und Finanzen nach neuen Synergieeffekten geforscht und gesucht. 2008 übertrug die Volkswirtschaftsdirektion die Zuständigkeit für die Gartenbauschule an die Erziehungsdirektion, um Synergieeffekte zu realisieren. Weil das Landwirtschaftliche Technikum in Zollikofen eine schweizerische Institution ist und allein wirtschaftet, werden Angliederungsmassnahmen ans Inforama oder an ein Technikum nicht als realistisch und zufriedenstellend erachtet. Durch die Neugründung des Bildungszentrums Emme und die Wahl des jetzigen Direktors der Gartenbauschule Oeschberg zum neuen Rektor des Bildungszentrums muss jetzt nur noch eine Rektorstelle besetzt werden. Die Gartenbauschule könnte dort unter ihrem eigenen Namen angegliedert werden, sodass die Marke Gartenbauschule mit schweizerischer und internationale Ausstrahlung erhalten bliebe. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.)* Werte Anwesende, ich bitte Sie, meine Planungserklärung in beiden Punkten anzunehmen.

Präsident. Herr Rufener begründet seinen Antrag.

Thomas Rufener, Langenthal (SVP). Ich begründe die Planungserklärung der SVP. Wir sind klar der Auffassung, die Gartenbauschule Oeschberg sei unbestritten von schweizerischer Bedeutung. Mit rund 100 Lernenden hat sie einen hohen Stellenwert in der Grundbildung, zudem werden mehr als 150 Studierende jährlich in Vorbereitungsklassen auf die Berufs- und höhere Fachprüfung der Technikerschulen HF ausgebildet. Die Stossrichtung ist, die Zusammenarbeit mit anderen Bildungsinstitutionen ganz klar zu fördern; dort erwarten wir Kosteneinsparungen. Das wurde beispielsweise durch die Integration des Inforamas Waldhof ins Bildungszentrum bereits vor x Jahren realisiert. Deshalb auch der Punkt zum Inforama. Die berufliche Grundbildung ist gemäss dem eidgenössischen Berufsbildungsgesetz ein Auftrag, den die öffentliche Hand finanzieren muss. Darum erwarten wir in erster Linie, dass alle Möglichkeiten im infrastrukturellen und administrativen Bereich ausgeschöpft und durch Zusammenarbeit optimiert werden, beispielsweise auch durch gemeinsame Web-Auftritte. Bezüglich der Organisation in der Umsetzung des Bildungsauftrags erwarten wir zweckmässige Lösungen. Insbesondere für die Grundbildung wollen wir, dass gewisse dezentrale Angebote in unserem Kanton aufrechterhalten bleiben. Darum könnten wir uns vorstellen, dass über

Mietlösungen auch ein Inforama noch eine Rolle spielen könnte. Doch möchte ich mich zu diesem Punkt nicht weiter äussern. Zusammengefasst geht es um verstärkte Zusammenarbeit und darum, einen gewissen Spardruck aufrechtzuerhalten, um diesen Standort auch in Zukunft sichern zu können.

Ich ergreife die Gelegenheit, auch gerade die Haltung der SVP-Fraktion im Zusammenhang mit Bereich 22.c, Lehrwerkstätten Bern, darzulegen. Wir unterstützen die überparteiliche Planungserklärung, in der es darum geht, die Mietzinsverhandlungen mit der Stadt Bern sofort aufzunehmen. Diesbezüglich ist von einem Sparpotenzial von 1 Mio. Franken die Rede. Wir erwarten aber, dass die Lehrwerkstätten Bern, damit sie auch zukünftig ihren Auftrag wahrnehmen können, weitere Sparmassnahmen prüfen werden. In diesem Zusammenhang lehnen wir alle anderen Planungserklärungen ab, insbesondere auch die Planungserklärung BDP, Studer, weil sie sich ausschliesslich auf den Mietzins bezieht und die Erwartung bezüglich weiterer Sparmassnahmen nicht beinhaltet.

Präsident. Herr Pfister begründet seinen abgeänderten Antrag. Er wurde Ihnen in einer späteren Version zugestellt.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Ich lege meine Interessenbindung offen: Ich bin Mitglied des Schulrats der Gartenbauschule Oeschberg. Ich bin froh, dass der erste Antrag der FIKO abgeändert wurde. Der totale Rückzug aus der Finanzierung wäre wohl nicht möglich gewesen, weil – es ist bereits gesagt worden – der Kanton einen Baurechtvertrag hat und auch Gebäulichkeiten besitzt. Der Baurechtvertrag läuft 2078 aus.

Die Gartenbauschule ist für die grüne Branche von grosser Bedeutung, auch schweizweit, weil von denjenigen, die eine höhere Ausbildung absolvieren, einen Abschluss, eine Meisterprüfung machen, ein grosser Teil die Gartenbauschule Oeschberg dafür wählt. Ein Nationalrat aus dem Bündnerland rief mich an, der seine Ausbildung zum Meister ebenfalls auf dem Oeschberg absolviert hatte. Er fand es total daneben, dass der Kanton Bern die Gartenbauschule schliessen wolle, weil dieser doch nicht zuletzt ihretwegen einen recht grossen Betrag vom Bund ausgeglichen erhalte und die Aufwendungen dadurch etwas abgegolten würden.

Warum ergänzte ich meine Planungserklärung? So, wie sie jetzt vorliegt, bezweckt sie, dass für die weiteren Schritte der Schulrat sowie die Branchenverbände «Gärtner Bern» und «JardinSuisse», das Berner Oberland und das Wallis mit einbezogen werden. Fand doch am 2. September eine ausserordentliche Schulratssitzung statt, an der man den Schulrat eigentlich vor die Tatsache stellte, dass die Gartenbauschule Oeschberg der Berufsschule Emmental angegliedert werden solle. Vorher war der Schulrat nie konsultiert worden. Mich als Schulratsmitglied störte, dass das MBA und die Direktion der Gartenbauschule Oeschberg das einfach in eigener Regie diskutiert hatten. Das möchte ich gerne breit abgestützt sehen, weil der Oeschberg auf die Berufsverbände angewiesen ist. Im Schulrat sind x Vertreter – Baumschulisten, Floristen, Gärtner Bern, Gärtner Oberland –; das kann nur gemeinsam gehen, wenn man Erfolg haben will. Ich bitte Sie, die Planungserklärung zu überweisen.

Präsident. Nun kommen die Antragstellenden zu den Lehrwerkstätten zu Wort. Die entsprechende Planungserklärung der Finanzkommission ist zurückgezogen. Die Planungserklärungen Grüne und SP-JUSO-PSA entfallen. Wir behandeln nun die überparteiliche Planungserklärung von total zehn Antragstellenden. Zuoberst auf dieser Liste steht Frau Stucki. Ich hoffe, dass nicht gerade alle reden werden – am liebsten nur Frau Stucki. Sie haben das Wort, Frau Stucki.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Die Berufsbildung steht sehr im Fokus des diesjährigen Abbau- und Sparpakets. Das schadet dem Bildungsstandort Bern, weil ein Aspekt bei einem Standort- oder Wohnortentscheid immer auch der Bildungsplatz ist. Ein wichtiger Puzzlestein zur guten Qualität der Berufsbildung im Kanton Bern sind die Lehrwerkstätten Bern oder «d Lädere», wie sie im Volksmund genannt werden. Das führt zu meiner Interessenbindung: Seit drei Jahren bin ich Schulrätin der «Lädere». Erfreulicherweise gibt es heute zunehmend mehr Lehrstellen für handwerkliche Berufe. Ich bin absolute Befürworterin des dualen Ausbildungsgangs und deshalb sehr froh darüber. Es gibt aber handwerklich begabte Jugendliche, die bei Schulabschluss für die Gewerbeschule nicht genügen und die, weil der Betreuungsaufwand für einen KMU-Betrieb viel zu gross wäre, keine Lehrstelle finden. Vielleicht sind sie mit ihren Eltern noch nicht so lange in der Schweiz und haben deshalb noch nicht so gute Deutschkenntnisse. Oder sie haben ihre Lehre abgebrochen und wollen die Chance doch nochmals packen, eine Lehre zu absolvieren und einen Abschluss zu erreichen.

Oder eine junge Frau, ein junger Mann ist sportlich ambitioniert und talentiert, im Sportkader aktiv und möchte trotzdem einen handwerklichen Beruf erlernen und nicht das Gymnasium besuchen. Für einen KMU-Betrieb sind aber «Stiftinnen» oder «Stifte», die während etlicher Wochen in einem Trainingslager sind oder wegen des Trainings mehrere Stunden wöchentlich fehlen, nicht interessant. Die Lehrmeister in der «Lädere» hingegen können den Ausbildungsplan den Anforderungen einer Sportkarriere anpassen. Die Sportförderung macht uns denn auch stolz, wenn die Schweizerinnen und Schweizer es auf ein Siegerpodest schaffen. Die «Lädere» wird seit Jahren, auch für das Schuljahr 2013/14, von Swiss Olympic als leistungssportfreundlicher Betrieb ausgezeichnet. Die «Lädere» konkurriert aber die KMU-Betriebe nicht. (*Der Präsident läutet die Glocke.*) Im Gegenteil dient sie ihnen, indem sie dringend benötigte Handwerkerinnen und Handwerker schult und ausbildet mit einer Erfolgsquote von 98 Prozent Lernenden, die die Abschlussprüfung bestehen. Eine Umfrage bei den ehemaligen Absolventinnen ergab, dass alle eine feste Anstellung gefunden haben und viele danach eine weiterführende Ausbildung machen. Teil dieses Erfolgs ist, dass die Lernenden im letzten Ausbildungsjahr ein Praxisjahr in einem handwerklichen Betrieb absolvieren. Sie lernen also den Berufsalltag à fond kennen, und die Lehrmeisterinnen/Lehrmeister profitieren vom Rüstzeug, das diese «Stifte» bereits mitbringen.

Zur überparteilichen Planungserklärung: Ich freue mich riesig über die breite Unterstützung, die ich für diese Planungserklärung fand, und dass die FIKO ihre Planungserklärung zurückzog. Zu den zwei Forderungen: Der Mietvertrag mit der Stadt Bern läuft im April 2016 aus und muss deshalb neu verhandelt werden. Wir sind überzeugt, dass der Mietzins massiv nach unten angepasst werden kann. Wie viel, ist aber aus unserer Sicht Verhandlungssache des Kantons, der Leitung der «Lädere» und der Stadt Bern. Darum schreiben wir auch von zirka einer Million Franken, und nicht, wie Herr Studer, von mindestens einer Million. Wie kommen wir darauf? Im heutigen Mietzins sind Kosten für den Innenausbau eingerechnet, die nach Ablauf des Mietvertrags abgeschrieben sein werden. Weiter kann viel Unterhalt der Einrichtungen professionell von der «Lädere» selbst ausgeführt werden, was die Stadt als Vermieterin entlastet. Für uns Stadtbernerinnen und Stadtberner, die diese Planungserklärung unterstützen, ist dieser Punkt übrigens schmerzhaft, weil die Stadt Bern einmal mehr ein Sparpaket schnüren muss. Werden weitere Reorganisationen und Verbesserungen von Abläufen und so weiter an die Hand genommen, ist alles in allem eine Ersparnis von einer Million Franken sicher möglich. Wir müssen uns auch bewusst sein, dass bei einer Schliessung des Standorts Felsenau nicht nur rund 30 Stellen wegfallen, sondern wir jährlich auch 30 bis 50 Jugendlichen die Berufsperspektive verwehren. Sie werden dann in Arbeitsprojekten und in der Sozialhilfe und somit buchhalterisch einfach in einem anderen «Kässeli» landen. Ich danke Ihnen bereits jetzt, wenn Sie die tolle 125-jährige Ausbildungsstätte mit ihren motivierten Lernenden und speziell auch ihren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einem Ja zu dieser Planungserklärung unterstützen.

Präsident. Die Mitunterzeichnenden der Planungserklärung verlangen das Wort nicht; allenfalls dann die Fraktionssprechenden. Somit hat jetzt Herr Studer das Wort zu seiner Planungserklärung zu den Lehrwerkstätten.

Peter Studer, Utzenstorf (BDP). Eigentlich habe ich zu Béatrice Stucki gar keine Differenz. Meine Planungserklärung entstand, als in der Begründung der überparteilichen Planungserklärung bezüglich Mietzinsreduktion klar immer von mindestens einer Million Franken die Rede war. Daraufhin klärte ich ab, ob das überhaupt möglich sei. In Anbetracht dessen, dass der Referenzzinssatz aktuell bei 2 Prozent liegt gegenüber sogar über 3 Prozent seinerzeit, da man den Mietvertrag abschloss, sagte ich mir natürlich, wenn schon rein aufgrund der Referenzzinssatzänderung 400 000 Franken drin lägen, müsse der Mietzins doch, genau wie es in der Begründung stand, um mindestens eine Million niedriger ausgehandelt werden können. (*Der Präsident läutet die Glocke.*) Zweitens frage ich mich natürlich, weshalb man von ungefähr oder zirka einer Million spricht. 550 000, 600 000, 700 000 Franken können auch zirka eine Million sein. Mir ist nicht klar, weshalb man sich den Verhandlungsspielraum selber einschränkt, indem man als Vertragspartei dort, wo man auftreten will, von vornherein signalisiert, man müsse ja gar nicht so viel sparen.

Aus diesen Überlegungen entstand meine Planungserklärung. Ich bitte Sie, sie so aufrechtzuerhalten, damit bei den Verhandlungen, wenn diese dann geführt werden müssen, darauf hingewiesen werden kann, dass der Referenzzinssatz massiv gesenkt wurde; und auch auf den Gebäudeunterhalt, den du angeführt hast, Béatrice, und darauf, was alles instand gestellt worden ist. Auch bei der Bewertung der Objekte, stellte ich fest, gäbe es noch einiges mit einzubeziehen, wenn man neu

verhandelt. Darum bitte ich, dass Sie an «im Minimum 1 Million Franken» Mietzinsreduktion festhalten.

Präsident. Jetzt kommen wir zu den Fraktionserklärungen zu beiden Bereichen, Oeschberg und Lehrwerkstätten.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Unser duales Bildungssystem ist im weitesten Sinn ein Vorzeigemodell. Die aktuellen Diskussionen in Deutschland zeigen, dass das System auch ausserhalb unseres Landes Aufmerksamkeit erregt und im Zusammenhang mit den Arbeitslosenzahlen bei Jugendlichen angeführt wird. Gerade eine gute Grundausbildung in den handwerklichen Berufen ist von zentraler Wichtigkeit und schlägt sich auf die ganze Volkswirtschaft nieder. Produzierende Handwerks- und Industriebetriebe sind der Motor der Wirtschaft, was eine genügende Anzahl Ausbildungsplätze innerhalb der Berufsbildung bedingt. Nebst dem Kanton Bern kennen auch der Kanton Graubünden, der Kanton Solothurn sowie weitere Kantone auch im frankophonen Raum nebst der klassischen handwerklichen Ausbildung in einem Betrieb und an der Gewerbeschule die Ausbildung an einer Lehrwerkstätte.

Die Gartenbauschule Oeschberg ist eine vielfältige Ausbildungsstätte für die grüne Branche. Wir alle wurden ausführlich über die Tätigkeiten innerhalb der Gartenbauschule Oeschberg informiert; hier wiederhole ich nicht nochmals alle Punkte. Die gute und wertvolle Arbeit in dieser Institution soll aus unserer Sicht weitergeführt werden können, jedoch mit unseren Auflagen. So sollen sowohl Synergieeffekte innerhalb der Führung und der Administration realisiert als auch weitere Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie das finanzielle Engagement des Kantons reduziert werden kann. Die Planungserklärung der FIKO wie auch diejenigen von Peter Studer, Thomas Rufener und Christoph Grimm in Ziffer 2 zeigen klar auf, welche Punkte wir auch in den Fraktionsgesprächen intensiv diskutierten. Sie finden also alle unsere Unterstützung, weil wir offen den optimalsten Weg ebnen wollen.

Zurzeit ausgeklammert ist aber die Gartenbauschule Hünibach. Das diskutierten wir bereits innerhalb der Fraktion, bevor die Planungserklärung Pfister eingereicht wurde. Aus unserer Sicht müsste auch diese Schule nochmals überprüft werden. Wäre beispielsweise auch eine Überführung oder Integration in den Schwand oder in eine andere Gewerbeschule möglich? Das möchten auch wir abgeklärt haben und unterstützen somit die Planungserklärung Pfister.

Ich komme zur «Lädere». Früher war die «Lädere» eine reine Kaderschmiede. Verschiedene Berufe verlegten aber ihre Weiterbildungsangebote an einen anderen Standort. Heute ist die «Lädere» zwar für verschiedene Berufe schon noch die Kaderschmiede; sie ist aber auch ein Ort, wo junge Nachwuchssportler ihre Ausbildung nebst dem Leistungssport absolvieren können. Der Hauptanteil liegt aber in der Grundausbildung für schulleistungsschwächere Jugendliche auch mit Migrationshintergrund. Die «Lädere» ist aus unserer Sicht zum Teil quasi zu einem Integrationsprojekt geworden, das durchaus seine Berechtigung hat und unsere Unterstützung findet. Denn mit grösster Sicherheit werden die Kosten nur umverteilt von der ERZ in die GEF. Ohne berufliche Perspektive werden zwar nicht alle, aber doch der eine oder andere Jugendliche auf der Sozialhilfe landen. Es ist nicht das erste Mal, dass im Rathaus über die «Lädere» diskutiert wird. Punkte der Planungserklärung Stucki und weitere und die Planungserklärung Studer zeigen, was aus unserer Sicht zu prüfen ist und finden unsere Unterstützung. Gerade der hohe Mietzins – hier erinnern wir uns auch an die Miete der Schlossbergschule in Spiez – muss mit der Stadt Bern ganz bestimmt diskutiert werden.

Maria Esther Iannino Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Da ja in letzter Sekunde meine Planungserklärung als obsolet erklärt wurde, musste ich kurzfristig umdisponieren und rede halt ganz kurz zur Gartenbauschule Oeschberg und etwas länger über die Lehrwerkstätten, was aber nicht heissen soll, dass die Gartenbauschule Oeschberg weniger wichtig wäre. Die grüne Fraktion wird die Planungserklärung der Finanzkommission nicht unterstützen, dafür alle anderen.

Jetzt rede ich mit Herz und Verstand für die Lehrwerkstätten Bern. Nicht, weil das Gebäude in der Felsenau in der Stadt Bern ist und der Stadt gehört, sondern, weil die Berufe, die an den Lehrwerkstätten gelehrt werden, wichtig und aus unserem Lebensalltag nicht wegzudenken sind. Eigentlich waren wir der Meinung, wir sollten auf diese Massnahmen ganz verzichten, weil wir meinen, dass alle Berufe, die in den LWB gelehrt werden, wichtig und nicht ausschliesslich Berufe aus so genannten Mint-Bereichen sind. Ohne Schreinerinnen und Schreiner hätten wir hier im Rathaus keine Fenster, keine Stühle, keine Pulte, keine Wanddekorationen, keine Decke und auf der Zuschauer-

tribüne keine Sitzbänke. Auf das Dekorative können wir natürlich verzichten, doch nicht auf alles andere. Als Mitinhaberin einer KMU-Schreinerei kann ich heute hier mit ruhigem Gewissen, aber auch mit Stolz sagen, dass wir seit Gründungsbeginn vor elf Jahren jährlich ein bis drei Lernende im Schreinerberuf ausbilden, aktuell haben wir sogar einen Lehrling im vierten Lehrjahr aus den LWB, der seine Praxiserfahrung bei uns erwirbt. Die Ausbildung in der Wirtschaft und die Ausbildungen in den Lehrwerkstätten konkurrieren sich nicht, im Gegenteil ergänzen sie sich. In den Lehrwerkstätten Bern haben Jugendliche mit Lernschwächen die Chance, einen Beruf zu erlernen, in dieser Zeit ihre Schwächen auszumerzen und sich aufzubauen, sodass die jungen Menschen am Ende ihrer Lehre auf eigenen Füßen stehen können. Immerhin finden 98,5 Prozent eine Arbeitsstelle in der Wirtschaft, sodass sie selber zu Steuerzahlenden und nicht etwa zu Sozialhilfeempfängenden werden. Ich weise darauf hin, dass die Lehrwerkstätten nicht nur schulisch Schwache ausbilden, sondern auch Sportlerinnen und Sportler, die wegen ihres Trainings oder ihrer Wettkämpfe kaum eine Chance hätten, in einem KMU-Betrieb eine gewerbliche Lehre zu absolvieren. Auch diese Lernenden haben die Möglichkeit, in Betrieben Praktika zu absolvieren. Diesen Sommer hatten wir eine Spitzensportlerin aus der Disziplin Rudern im Betrieb, die die Möglichkeit hatte, bei uns ein Praktikum zu absolvieren, während wir die Möglichkeit hatten, Einblick in ihr Leben als Spitzensportlerin zu bekommen. Wir erlebten, wie sie umging mit der Arbeit, mit dem Schulalltag, dem Lernen und ihren täglich drei Trainingseinheiten. *(Der Präsident läutet die Glocke.)* Deshalb, liebe Grossrätinnen und Grossräte, möchte ich für die «Lädere» eine Lanze brechen. Weil dort nicht nur Schreinerinnen und Schreiner ausgebildet werden, sondern Mechanikpraktikerinnen, Metallbauerinnen, Spenglerinnen, Haustechnik-Praktikerinnen, aber auch Elektronikerinnen, Informatikpraktikerinnen und Polymechnikerinnen. Selbstverständlich sind in dieser weiblichen Aufzählung die Männer eingeschlossen. Wir sind überzeugt, dass die LWB alles daransetzen, gute, qualitativ hochstehende Ausbildungen anzubieten, und dass dort kein Sparpotenzial liegt.

Präsident. Ich könnte ja die Frage stellen, ob die Planungserklärungen überhaupt bestritten sind. Damit würde ich gerade allen das Wort entziehen. – Soweit gehe ich nicht. Aber ich bitte Sie, sich zu den Planungserklärungen ziemlich kurz zu halten. Wir haben jetzt verschiedene Plädoyers sowohl für den Oeschberg wie für die Lehrwerkstätten gehört. Sie werden nicht geschlossen; die entsprechenden Anträge der Finanzkommission sind zurückgezogen. Deshalb wäre ich froh, wenn sich die Fraktionssprechenden ziemlich kurz fassen würden. Besten Dank. – Aber jetzt hat es gerade «ghäscheret». *(Die Rednerliste ist beträchtlich länger geworden.)*

Hans Kipfer, Thun (EVP). Wir diskutieren hier über zwei Beispiele der beruflichen Bildung, bei denen die Finanzkommission im Gegensatz zum Regierungsrat Handlungspotenzial erkennt. Die ursprünglichen Anträge der FIKO hatten dazu geführt, dass man auch bei den beiden Institutionen Optimierungsansätze suchte. Das wäre sonst nicht geschehen. Die EVP-Fraktion unterstützt die Suche und die Realisierung der Kosteneinsparungen, aber auch den Erhalt der Institutionen für eine wirksame Berufsbildung. In der Vielfalt der vorliegenden Planungserklärungen bewegen wir uns aus der Sicht der EVP viel zu tief im Detail. Wir unterstützen den neuen Antrag der FIKO zum Oeschberg und die überparteiliche Planungserklärung zu den Lehrwerkstätten.

Präsident. Das war jetzt überraschend kurz.

Elisabeth Zäch, Burgdorf (SP). Ich werde etwas länger reden. – Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion ist die Berufsbildung ein hartes Stück in der Bildungslandschaft. Wir sind in der Schweiz, in unserem Kanton, zu Recht stolz auf die hohe Quote Jugendlicher, die gestärkt durch einen Lehrabschluss erfolgreich ins Berufsleben eintreten. Das ist ein hohes Gut, zu dem wir Sorge tragen müssen. Das ist unsere Haltung seit jeher und auch in Zukunft. Wir erschrecken denn auch über die Sparvorschläge in diesem Bereich. Der Regierungsrat legte uns einen Brocken vor, den wir nicht verdauen wollen, aber trotzdem müssen. Eva und Res erklärten es zum letzten behandelten Themenbereich. Als aber auch noch die Finanzkommission mit Massnahmen aus dem Topf 2 auftrat, aus dem Giftschränk sozusagen, erschrecken wir nicht nur, sondern es empörte uns; wie kann man nur? Wie kann man eine solch wunderbare Berufsoase wie die Gartenbauschule Oeschberg infrage stellen? Wie kann man die bewährten Lehrwerkstätten Bern, die seit Langem eine Vorzeigeeinrichtung sind, schwächen? Das ist für uns definitiv keine Option. Wir sind sehr dankbar, dass die FIKO jetzt auch zur Vernunft zurückgefunden hat. Von den überhasteten Hauruck-Sparübungen ist ja eigentlich nichts mehr oder wenig übrig geblieben. Die beiden Institutionen bleiben weiterhin breit

abgestützt. Das ist sehr gut so, und es geschieht zu Recht.

Übrigens, das sage ich jetzt halt – die einen haben mehr von der «Lädere» gesprochen, während ich als Emmentalerin jetzt mehr vom Oeschberg rede: Wer noch nie im Oeschberg gewesen ist, muss es unbedingt nachholen. Die ganze Anlage ist wirklich zauberhaft, es ist wirklich eine Oase, und man kann dort erst noch ganz schöne, ganz gepflegte Pflanzen kaufen. Ich lege Ihnen ans Herz, beispielsweise einmal mit dem Velo dorthin zu fahren. Es gibt gute Velowege, Sie werden es nicht bereuen, genauso wie ich meinen Ausflug in die Lehrwerkstätten nicht bereute.

Nach diesem Werbespot noch zu den Anträgen: Betreffend den Oeschberg möchten wir die Sparmassnahme ablehnen – das ist ja jetzt passiert –, im Wesentlichen aber offen lassen, wie sich die Gartenbauschule optimaler organisieren soll. Dafür wissen wir von der SP-JUSO-PSA-Fraktion einfach zu wenig. Aber grundsätzlich wird es natürlich schon gut sein, wenn sie sich bewegt und kooperiert; Kooperation sucht beispielsweise mit dem Bildungszentrum Emmental oder mit weiteren Organisationen. Darum lehnen wir die modifizierte Planungserklärung der FIKO ab, ebenso Punkt 3 der Planungserklärung BDP, Studer und die Planungserklärung Pfister. Ja sagen wir aber natürlich zu unserer eigenen Planungserklärung, Stucki, zur Planungserklärung glp-CVP, Grimm und zu den Planungserklärungen BDP, Studer – ohne Punkt 3 – und SVP, Rufener.

Betreffend die Lehrwerkstätten sagen wir natürlich ebenfalls Ja zu unserer eigenen, zur überparteilichen und zur Planungserklärung Studer. Dass man den künftigen Mietzins diskutieren muss, ist uns klar. Da helfen wir mit. Aber nie und nimmer lassen wir uns die Berufsbildung schwächen. Danke für Ihre Unterstützung heute und auch in Zukunft.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). Zum Oeschberg: Wir von der EDU-Fraktion sind froh, dass die Finanzkommission auf unsere Linie eingeschwenkt hat. Die eingeleiteten Massnahmen zur Kostenoptimierung finden wir positiv. Deshalb sagen wir zu allen Planungserklärungen Ja. Zu den Lehrwerkstätten Bern: Als EDU-Fraktion stehen wir hinter den Lehrwerkstätten. Zwei von uns haben dort auch Ausbildungskurse besucht. Für uns ist aber klar, dass auch sie einen Beitrag zum Sparen leisten sollen. Darum werden wir der überparteilichen Planungserklärung zustimmen.

Eva Desarzens-Wunderlin, Boll (FDP). Wir unterstützen die Planungserklärung der Finanzkommission. Selbstverständlich unterstützen wir den Antrag SVP, Rufener, weil er am offensten ist. Die anderen schwenken nur auf das Bildungszentrum Emme ein. Wieso kann man nicht auch das Inforama Zollikofen in Betracht ziehen? Dort hat man immerhin schon eine HF Agrotechnik. In Burgdorf gibt es keine HF. Wir möchten, dass breit evaluiert wird. Selbstverständlich unterstützen wir auch die Planungserklärung von Hans-Jörg Pfister, weil wir es richtig finden, auch den Verband beizuziehen. Der Verband muss mithelfen, zu entscheiden, wohin der Weg führen soll. Das Berufsbildungsgesetz besagt, bei den HF sei es eine verbundpartnerschaftliche Aufgabe der Träger, Schulen und des Kantons, wie die Ausbildung zu gestalten sei. Bei der Grundbildung sind es die Träger und der Kanton. Also hat ein Träger effektiv darüber mitzureden, wo und wie die Schule gestaltet werden soll. Wir unterstützen die überparteiliche Planungserklärung, Stucki und andere, weil sie verlangt, den Mietzins für die Lehrwerkstätten zirka um eine Million Franken zu reduzieren, und selbstverständlich auch die Planungserklärung Studer, weil man darin gerne weiter gehen möchte.

Präsident. Es wird einfach dann schwierig beim Abstimmen, wenn Sie alles unterstützen wollen, was ich einander gegenüberstellen will. Aber das werden wir noch zusammen anschauen. Jetzt kommen die Einzelsprechenden zu Wort.

Christian Hadorn, Ochlenberg (SVP). Ich gebe ein ganz kurzes Votum ab. Normalerweise ist das ein wenig schwierig mit mir, weil ich gerne ein wenig «brichte». Wir unterstützen natürlich beide Sachen, die hier auf dem Tisch sind, die Gartenbauschule wie die «Lädere». Am Tag der offenen Tür, als ich dort einen Rundgang machen durfte, und auch in der Gartenbauschule gefiel es mir. Vor allem war alles, was ich dort zu sehen bekam, wirklich spannend. Dafür möchte ich mich noch recht herzlich bedanken. Das Einzige, was ich hier sehe, ist, dass wir in unserer Planungserklärung geschrieben haben, «ca. eine Million». Ca. eine Million ist offen gegen oben und gegen unten. Deshalb möchte ich Sie bitten, wirklich der unseren zuzustimmen und derjenigen von Herrn Studer, der ganz klar «eine Million» sagt. Denn das ist Verhandlungsbasis. Dementsprechend bitte ich Sie darum, unsere Planungserklärung anzunehmen.

Adrian Haas, Bern (FDP). Ich rede nur kurz zum Teilaspekt Mietvertrag. Der Mietvertrag der LWB

betrifft einen grossen Teil der Fläche, aber nicht die ganze. Er läuft bis 30. April 2016. Die Stadt Bern finanzierte seinerzeit die Inneneinrichtungen vor, deshalb erscheint der Mietzins etwas hoch. Doch bildet sich darin diese Vorfinanzierung ab; sie wird tatsächlich bei Ende des Mietvertrags amortisiert sein, sodass dort eine Verhandlungsbasis besteht. Ob es eine Million ist, kann ich nicht sagen, das werden die Verhandlungen zeigen. Deshalb kann man wirklich nur ungefähr etwas angeben.

Es gibt auch noch einen Kopfbau, der übrigens ebenfalls an den Kanton Bern vermietet ist. Hingegen läuft dieser Mietvertrag erst am 31. Juli 2020 ab. Das dauert also noch ein wenig länger, und dort wird der Verhandlungsspielraum sicher beträchtlich geringer sein. Das wollte ich noch sagen, damit nicht noch jemand der Stadt Bern Abzockerei vorwirft bezüglich des ersten Mietvertrags.

Urs Muntwyler, Bern (Grüne). Der Vorschlag der FIKO, die LWB und die Gartenbauschule Oeschberg zu schliessen, ist ein Hüftschuss auf das duale Bildungssystem; entsprechend fiel auch die Reaktion aus. Es braucht eben nicht nur Bauern und Studierende, wie die meisten hier drinnen. Dass jetzt noch versucht wird, eine Million zu sparen, ist aus meiner Sicht ein kleiner Ausweg, auf dem man versucht, doch noch etwas zu holen. Doch muss man sich bewusst sein, dass dies auf Kosten der Stadt Bern geschieht. Das Geld wird dann wieder dort fehlen, darum werde ich das ablehnen. Oeschberg ist mehr als nur eine Gartenbauschule. Zusammenarbeit ist sicher vernünftig und die Reduktion des finanziellen Engagements des Kantons ebenfalls. Es kommt mir ein wenig vor, als kämen die Leute dort nicht selbst auf solche Ideen. Ich gehe davon aus, dass alle Unternehmensleitungen immer versuchen, die Kosten zu reduzieren. Wird es so schwammig umgesetzt, wie es in den Planungserklärungen formuliert ist, kann ich sogar dem zustimmen.

Präsident. Nun kommen wieder die Antragstellenden zu Wort. Die FIKO verzichtet. Herr Grimm? – Verzichtet. Herr Studer? – Er möchte sprechen; bitte anmelden. Herr Rufener? – Verzichtet. Herr Studer, Sie haben das Wort.

Peter Studer, Utzenstorf (BDP). Herr Grossratspräsident, wertere Regierungsräte; lieber Christian Hadorn, lies bitte meine Planungserklärung. Darin steht, «im Minimum 1 Million».

Präsident. Herr Rufener verzichtet auf das Wort. Herr Pfister? – Er wünscht eine Erklärung abzugeben.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Für mich ist noch wichtig, dass man die Gartenbauschule Hünibach in diesem Prozess hier ausgeblendet hat. Die Gartenbauschule Hünibach bildet die Hälfte Lehrlinge aus und kostet einiges mehr. Deshalb müssten wir sie in diese Neuausrichtung, in diese Diskussion einschliessen. Zu den Verbänden: Wir tagten bereits mehrmals, man will dafür sorgen, die überbetrieblichen Kurse, die jetzt an zwei Standorten stattfinden, einem Standort anzugliedern; so wie es aussieht, dem Oeschberg. Die Verbände spielen in diesem Prozess eine sehr wichtige Rolle. Deshalb bitte ich Sie, wie schon vorhin, meiner Planungserklärung zuzustimmen.

Präsident. Frau Stucki, wünschen Sie ebenfalls noch das Wort? – Sie verzichtet. Herr Blaser wünscht das Wort noch; er ist Mit Antragsteller, also darf er noch kurz sprechen.

Andreas Blaser, Steffisburg (SP). Ich äussere mich noch zur Planungserklärung Stucki, Blaser, Baltensperger et cetera und zur Planungserklärung Studer. Ich bin mir bewusst, dass es jetzt nur noch um Details geht. Die Entwicklung ist ja sehr positiv. Aber für den Eintritt in Verhandlungen finde ich die Formulierung der überparteilichen Planungserklärung, «ca. 1 Mio. Franken», besser, wie Adrian Haas argumentiert hat. Man kann doch nicht in Verhandlung treten und fordern, den Mietzins «im Minimum um 1 Million Franken» zu reduzieren. Das Ziel ist bekannt, aber in einer Verhandlung, die Flexibilität von beiden Seiten erfordert, muss man die Position nicht gleich zu Beginn völlig fixieren. Sonst geht man das Risiko ein, dass die andere Partei ablehnt. Es ist auch im Interesse des Kantons, diesen Mietvertrag weiterzuführen. Es ist ein Detail, aber ich bin der Meinung, die überparteiliche Planungserklärung genüge, um das Sparziel sicherzustellen.

Präsident. Wir sind am Schluss der Rednerinnen- und Rednerliste. Ich habe noch die Interpellation 227-2013 Brönnimann, Mittelhäusern (glp), «ASP-Topf 2 Oeschberg, Hünibach, LWB, HMS», zu erwähnen für das Protokoll, damit auch das klar ist. Herr Brönnimann ist von der Antwort befriedigt

und gibt keine Erklärung ab. Jetzt kommt Herr Regierungsrat Pulver zu Wort, danach werden wir diverse Abstimmungen durchführen.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor. Ich bin sehr froh, dass die Finanzkommission ihre Anträge auf die Schliessung der Hälfte der Lehrwerkstätten zurückgezogen und uns auch bezüglich der Gartenbauschule Oeschberg nicht einen Auftrag erteilt hat, der letztlich fast nur durch deren Schliessung hätte erfüllt werden können. Beide Institutionen leisten sehr gute und für uns wichtige Arbeit, wie wir im Faktenblatt darlegten. Zum Glück muss ich jetzt nicht mehr für die beiden Institutionen kämpfen. Bezüglich Oeschberg könnten Sie von mir aus gesehen eigentlich alle Anträge annehmen. Der Unterschied zwischen ihnen ist wirklich sehr gering. Dadurch hätte sich fast schon ein wenig Zeit sparen lassen. Aber mir kommt es nicht so sehr darauf an, welcher angenommen wird. Am ehesten sähe ich den Antrag Grimm. Was darin vorgeschlagen wird, nämlich die Gartenbauschule Oeschberg mit dem Bildungszentrum Emme, also der neuen Berufsschule in Burgdorf, auch organisatorisch zusammenzulegen, haben wir ohnehin vor. Wir führten eine Konsultation bei ganz vielen Partnern durch, das kommt unisono sehr positiv an. Wir prüfen jetzt noch, ob es tatsächlich die beste Lösung ist. Für uns heisst das aber, dass der Standort und der Name Gartenbauschule Oeschberg bestehen bleiben, damit dort auch das Angebot bestehen bleibt. Es ist durchaus der Weg, den auch wir vorgesehen gehabt hätten – in Klammern: auch ohne die Planungserklärung. Aber es ist auch gut, wenn die noch kommt.

Die Planungserklärung der Finanzkommission will, dass wir mit möglichen Partnerorganisationen zusammenarbeiten. Ich bin froh um Herrn Pfisters Aussage, auch die Organisationen würden jetzt diesen Schritt machen. Es gibt überbetriebliche Kurse, für die man sinnvollerweise nicht noch separat Gebäude baut, sondern sie im Oeschberg durchführt. Unterstützt uns der Grosse Rat mit seinem Wunsch, dass die überbetrieblichen Kurse tatsächlich im Oeschberg stattfinden, finde ich das sehr gut; es entspricht auch dem, was wir uns gewünscht hätten. Daher sind sowohl der Antrag Finanzkommission als auch der Antrag Grimm gut. Das können Sie jetzt fast nach Belieben ausmehren.

Beim Thema Lehrwerkstätten stellt sich die Frage, ob wir bei der Stadt betreffend Mietzins noch eine Million herausholen können. Auch hier bin ich, wie gesagt, sehr froh, dass Sie beschlossen, nicht die Hälfte der Lehrwerkstätten zu schliessen. Bezüglich der Mietzinsfrage haben wir ebenfalls nichts dagegen, wenn sie uns diesen Auftrag mit einer Planungserklärung erteilen. Wir werden die Verhandlungen mit der Stadt Bern führen. Der aktuelle Mietzins in der Felsenau scheint effektiv hoch zu sein. Er ist unter anderem darum so hoch, weil 1996 die Betriebseinrichtungen kapitalisiert wurden und auch die Abschreibung, verteilt auf die zwanzigjährige Laufzeit des Vertrags, im Mietzins eingebaut wurde. Per 2016 werden diese Sachen abgeschrieben sein, dann müsste man aus unserer Sicht 2016 einen neuen Mietzins aushandeln können.

Auch die Stadt Bern hat ein Interesse daran, dass die Lehrwerkstätten dort bleiben, denn wir könnten durchaus einen Teil der Räume wieder frei geben. Ob wir effektiv alle Räume wieder brauchen werden, müssen wir dann klären. Auch die Stadt Bern wird sicher ein Interesse daran haben, mit uns als Mieter eine gute Lösung zu finden. Ich kann Ihnen nicht sicher versprechen, welche Ergebnisse wir an der Verhandlung werden erzielen können. Eine Verhandlung führen immer zwei Partner, ich kann Ihnen jetzt nicht zusagen, dass die Reduktion mindestens eine Million betragen wird. Deshalb würde ich die Variante mit ungefähr einer Million bevorzugen, doch sind das im Rahmen von Planungserklärungen schon fast kleinere Unterschiede. Wir werden die Verhandlungen führen; in diesem Sinn ist es nicht so wichtig, welche der Planungserklärungen wirklich angenommen wird. Die Richtung ist bestimmt, wir werden versuchen, auch mit der Stadt Bern bessere Konditionen auszuhandeln.

Präsident. Gut, dann versuchen wir zu bereinigen, zunächst zur Gartenbauschule Oeschberg. Zuerst stimmen wir über die ziemlich generelle Planungserklärung der FIKO separat ab. Anschliessend bringe ich gemeinsam zur Abstimmung, weil ich sie als identisch erachte: Ziffer 2 der Planungserklärung Grimm, die ersten zwei Sätze der Planungserklärung BDP und den ersten Punkt der Planungserklärung SVP. In der dritten Abstimmung befinden wir über den zweiten Teil der Planungserklärung BDP betreffend die Rektorenstelle, in der vierten Abstimmung über den zweiten Punkt der Planungserklärung SVP separat und schliesslich noch über die Planungserklärung Pfister ebenfalls separat. Wir kommen zur ersten Abstimmung. Wer der Planungserklärung der FIKO zustimmen will, stimmt Ja; wer sie ablehnt, stimmt Nein.

 Abstimmung (VA 2014, ASP-Massnahme 17.4, Planungserklärung FIKO)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 93

Nein 36

Enthalten 2

Präsident. Sie haben die Planungserklärung der FIKO angenommen. Zweite Abstimmung zur besagten Gleichschaltung mit einer gewissen Grosszügigkeit: Planungserklärung Grimm, Ziffer 2; BDP, 2 Sätze; SVP, erster Punkt. Wer diesen drei Planungserklärungen in einem zustimmen will, stimmt Ja; wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

(VA 2014, ASP-Massnahme 17.4, Planungserklärungen Grimm (glp-CVP) (Ziff. 2) / BDP(erste zwei Sätze) / SVP (Ziff. 1); alle betr. Integration ins Bildungszentrum Burgdorf)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 134

Nein 0

Enthalten 0

Präsident. Es war fast zu befürchten. Sie haben dem gemeinsamen Inhalt dieser Punkte zugestimmt. Es folgt die dritte Abstimmung. Wer der Planungserklärung SVP im zweiten Punkt, «mit der GSO weitere Sparvorschläge auszuarbeiten», zustimmen will, stimmt Ja; wer das ablehnt, stimmt Nein.

 Abstimmung (VA 2014, ASP-Massnahme 17.4, Planungserklärung SVP, Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 108

Nein 22

Enthalten 4

Präsident. Das klingt immer gut, das muss man fast annehmen; Sie haben dies getan. Zur vierten Abstimmung. Wer der Planungserklärung der BDP im zweiten Teil, betreffend die Rektorenstelle, zustimmen will, stimmt Ja; wer das ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

(VA 2014, ASP-Massnahme 17.4, Planungserklärung BDP, 2. Teil, betr. Rektorenstelle)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 86

Nein 33

Enthalten 13

Präsident. Sie haben dem zugestimmt. Es folgt die fünfte Abstimmung. Wer die Planungserklärung Pfister annehmen will, stimmt Ja; wer sie ablehnt, stimmt Nein.

 Abstimmung (VA 2014, ASP-Massnahme 17.4, Planungserklärung Pfister (FDP)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme	
Ja	135
Nein	0
Enthalten	0

Präsident. Sie haben die Planungserklärung angenommen. Somit wäre jetzt der Regierungsrat an der Reihe, das alles schön umzusetzen.

Wir fahren weiter mit den Abstimmungen zu den Lehrwerkstätten. Da ist das meiste vom Tisch. Ich stelle die Planungserklärung Stucki und neun Mitunterzeichnende, Punkt 1, der Planungserklärung Studer (BDP) gegenüber. Anschliessend werde ich fragen, ob Sie das Obsiegende als Planungserklärung tatsächlich wollen. Wer Punkt 1 der Planungserklärung Stucki und Mitunterzeichnende vorzieht, stimmt Ja; wer die Planungserklärung Studer vorzieht, stimmt Nein.

Abstimmung

(VA 2014, ASP-Massnahme 17.5, Planungserklärung Stucki (SP-JUSO-PSA) und Mitunterzeichnende, Ziff. 1, gegen Planungserklärung Studer (BDP))

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme Planungserklärung Stucki und Mitunterzeichnende

Ja	96
Nein	35
Enthalten	2

Präsident. Die überparteiliche Planungserklärung hat obsiegt. Der Form halber frage ich nun noch, ob Sie die Planungserklärung Stucki und Mitunterzeichnende annehmen wollen. Wer das wirklich will, stimmt Ja; wer das ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

(VA 2014, ASP-Massnahme 17.5, Planungserklärung Stucki (SP-JUSO-PSA) und Mitunterzeichnende, Ziff. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	119
Nein	12
Enthalten	5

Präsident. Sie haben den ersten Punkt der Planungserklärung Stucki und Mitunterzeichnende angenommen. In Punkt 2 will die überparteiliche Planungserklärung den Regierungsrat beauftragen, mit den Lehrwerkstätten Bern weiter Sparmassnahmen zu prüfen. Wer diese Planungserklärung überweisen will, stimmt Ja; wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

(VA 2014, ASP-Massnahme 17.5, Planungserklärung Stucki (SP-JUSO-PSA) und Mitunterzeichnende, Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	115
Nein	17
Enthalten	4

Präsident. Sie haben die Planungserklärung gutgeheissen. Damit sind die Themenbereiche 22.b und 22.c bereinigt. Die Interpellation ist erledigt, und der Themenbereich 22.d wurde bereits gemeinsam mit 22.a behandelt.

22.e Berufsbildung, allgemein

Planungserklärung EVP (Kipfer, Thun)

Im Rahmen der in Aussicht gestellten «strategischen Ansätze einer nachhaltigen Finanzpolitik» (ASP Bericht Seite 9) sind in einer Gesamtsicht Massnahmen zu planen, welche die kantonale Berufsbildung stärken und insbesondere sicherstellen, dass

- die Branchen und Betriebe im Kanton mit den nötigen Berufsleuten versorgt werden
- genügend Angebote für leistungsschwächere Auszubildende zur Verfügung stehen
- Synergien unter den einzelnen Bildungsanbietern genutzt werden und vorhandenes Sparpotenzial ausgeschöpft wird.

Präsident. Die FIKO sagt nichts zur Planungserklärung EVP von Herrn Kipfer. Dazu sagt die FIKO nichts. Der Regierungsrat ist bereit, sie zu akzeptieren. Ist sie im Rat bestritten? – Das ist nicht der Fall, da haben wir nochmals etwas Neues. Wir stimmen direkt darüber ab. Wer die Planungserklärung EVP (Kipfer) annimmt, stimmt Ja; wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (VA 2014, ASP-Massnahme 17.6, Planungserklärung EVP)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 88

Nein 39

Enthalten 7

Präsident. Sie haben die Planungserklärung angenommen. Damit ist der Themenblock 22 fertig beraten.

Themenblock 23

«Mittelschulen»

23.a Gymnasien, allgemein

Planungserklärung Desarzens-Wunderlin, Boll (FDP)

ASP-Massnahmen 18.2 Schwerpunktfächer reduzieren und 18.3 Unterrichtung zweisprachige Maturität Deutsch/Englisch im Klassenverband: Der Auftrag an die öffentlichen Gymnasien ist so zu formulieren, dass die Gymnasien in eigener Verantwortung bestimmen können, wie sie die Sparvorgaben in der Summe der Massnahmen «Schwerpunktfächer an den Gymnasien reduzieren», «Unterricht für die zweisprachige Maturität Deutsch/Englisch im Klassenverband» erreichen: Fr. 0,2 Mio. 2014, Fr. 0,5 Mio. 2015, Fr. 0,7 Mio. 2016 und Fr. 0,7 Mio. 2017.

23.b Schwerpunktfach Russisch

Planungserklärung SP-JUSO-PSA (Näf-Piera, Muri)

Auf die Aufhebung des Schwerpunktfachs Russisch wird verzichtet. Die Berner Gymnasien entscheiden selbständig, wie im Bereich der Schwerpunktfächer die in der ASP 2014 vorgesehenen Einsparungen erzielt werden.

Geschäft 2013.1158

M 221-2013 Näf-Piera, Muri (SP) – Schwerpunktfach Russisch bleibt erhalten, ohne aufs Sparen zu verzichten

23.c Reorganisation Gymnasien Biel

Planungserklärung Dunning Thierstein, Biel/Bienne (SP)

Die in der ASP-Massnahme 18.5 vorgesehene Reorganisation beziehungsweise der formelle Zusammenschluss der Gymnasien in Biel ist erst ab August 2015 umzusetzen.

Geschäft 2013.1162

M 224-2013 Dunning Thierstein, Biel/Bienne (SP) – «Keine Sparmassnahmen zu Lasten der Bieler Zweisprachigkeit und der Elitesportler!»

23.d Reorganisation Gymnasien Thun

Antrag Zaugg-Graf, Uetendorf (glp) / Jost, Thun (EVP) / Frutiger, Oberhofen (BDP) / Schwarz-Sommer, Steffisburg (SVP) / Zäch, Burgdorf (SP)

Abänderungsantrag VA 2014

Der Saldo der Produktgruppe 9.36 Bildung Mittelschulen ist um 0,2 Mio. zu reduzieren.

Planungserklärung Zaugg-Graf, Uetendorf (glp) / Jost, Thun (EVP) / Frutiger, Oberhofen (BDP) / Schwarz-Sommer, Steffisburg (SVP) / Zäch, Burgdorf (SP)

Am Gymnasium Seefeld wird durch den Verzicht im Bereich der gehaltswirksamen Lektionen, der aufgrund der besonderen, nämlich einfachen und kostengünstigen Schulstruktur leistbar ist, ein Spareffekt von 0,2 Mio. erzielt.

Gleichzeitig sind durch die beiden Schulleitungen Planungsarbeiten für die Zukunft (enge Kooperation oder Fusion) vorzunehmen. In diese Planung ist das AGG mit einzubeziehen, damit die genauen Kosten für einen Neubau beim Gymnasium Schadau bei einer Zusammenlegung, inkl. Landwert oder Sanierung/Neubau im Seefeld (inkl. Verkaufserlös), bei einem weiterhin getrennten Schulbetrieb eruiert und einander gegenübergestellt werden können.

Geschäft 2013.1156

Motion Zaugg-Graf, Uetendorf (glp) – Bottom up-Ansatz beim Sparen
(Zurückgezogen)

Geschäft 2013.1157

I 220-2013 Jost (EVP) – Ist die Reorganisation der Gymnasien in Thun wirklich eine Massnahme der ASP?

23.e Kürzung Lektionendauer Instrumentalunterricht

Antrag Steiner-Brütsch, Langenthal (EVP) / Augstburger, Gerzensee (SVP) / Müller, Langenthal, (SP)

Abänderungsantrag VA 2014

Der Antrag gilt zugleich als Planungserklärung zu den finanziellen Auswirkungen im AFP 2015-2017.

Zusätzliche Kürzung im Bereich Führungsunterstützung; VA 2014: Reduktion der Produktgruppe

9.3.1 Führungsunterstützung um CHF 0,3 Mio.

Auf die folgende ASP-Massnahme ist zu verzichten und der Saldo der Produktgruppe 9.3.6 Bildung Mittelschulen entsprechend zu erhöhen:

- Massnahme 18.6: Kürzung Lektionendauer Instrumentalunterricht; VA 2014: CHF 0,3 Mio.

23.f Quarta

Geschäft 2013.1268

I 279-2013 Blaser (SP) – «Quarta nur noch an Gymnasien, sind die möglichen Auswirkungen zu Ende gedacht?»

Präsident. In der gleichen Reihenfolge wie in Ihren Unterlagen kommen folgende Antragstellende zu Wort: Zuerst Frau Desarzens, dann Herr Näf für die SP-JUSO-PSA, Frau Dunning Thierstein zu ihrer Planungserklärung, weiter Herr Zaugg, Herr Steiner-Brütsch, Herr Augstburger, Herr Müller. Dann haben wir noch die Interpellation Blaser. Ich bitte die Antragstellenden, sich einzutragen.

Eva Desarzens-Wunderlin, Boll (FDP). Die Idee dieser Planungserklärung ist, dass die Sparmassnahmen wie beantragt umgesetzt werden, die Gymnasien aber selber bestimmen, wie sie sie umsetzen. Nach diesem Prinzip hatten wir 2011 eine Planungserklärung, in der es um einen Sparauftrag für die Lehrwerkstätten ging. Auch damals sagten wir: Die Summe bleibt; wie es umgesetzt wird, sollen die Direktoren der Lehrwerkstätten gemeinsam selber bestimmen. Eigentlich erstaunte mich der Widerstand, den ich – aus der Verwaltung – zu spüren bekam. Mir fiel auf, dass die Direktoren wie Verwaltungseinheiten geführt werden. Ich nenne jetzt einen Begriff, den Gewisse als etwas seltsam empfinden mögen. Für mich sind die Schulen Dienstleistungsunternehmen. Die Rektoren wollen führen. Ich behaupte, jeder Rektor und jede Rektorin, mit denen ich sprach, hätten garantiert eine Stelle nicht angenommen, wenn es nur um die Verwaltung gegangen wäre, sondern sie wollten bewusst Rektor werden, weil sie bewusst führen wollten. Sie wollten Entscheidungskompetenz, sie wollten die Möglichkeit haben, Personal zu entlassen und Personal anzustellen. (*Der Präsident läutet die Glocke.*) Es ist ein Dienstleistungsunternehmen im Interesse der Schülerinnen und Schüler, das diesen ihren Weg in die Zukunft zeigen soll, sie zur Matur führen und ihnen zeigen soll, was sie als Mitglied dieser Gesellschaft leisten können. Es sind Dienstleistungsunternehmen für die Universitäten und dadurch nachher auch für die Arbeitswelt. Darum sind sie Chefs und nicht Dienstchefs einer Verwaltungseinheit.

Ich behaupte, dass die Rektoren problemlos fähig sein werden, dem MBA eine Idee aufzuzeigen, was man tun könnte, um Russisch weiterhin anbieten zu können. Vielleicht nicht mehr an allen Standorten, das ist klar. Da man ohnehin die Verordnung zum Mittelschulgesetz öffnen muss, wenn man dem Antrag des Regierungsrats folgt, weil darin nämlich steht, der Kanton biete alle Schwerpunktfächer nach MAR, würde ich empfehlen, sie tatsächlich zu öffnen. Momentan haben wir nämlich das Problem, dass keine minimale Klassengrösse festgelegt ist, bei der er ein Schwerpunktfach anbieten muss. Hier sollte man ihm wirklich entgegenkommen, indem wir ihm ermöglichen, eine minimale Klassengrösse zu definieren, damit es effektiv sinnvoll ist, ein Schwerpunktfach anzubieten. Das können fünf Schüler sein, es können zehn sein, aber die minimale Klassengrösse für ein Schwerpunktfach sollte bestimmt sein. Das zum administrativen Teil.

Betreffend Russisch habe ich ohnehin ein Problem. Ich besuchte das Gymnasium zu Zeiten, in denen man sich sagte, man führe Spanisch als Freifach ein. Spanisch als Weltsprache. Da muss ich aber schlichtweg über den Atlantik fahren oder fliegen, damit ich in die Weltsprachgebiete eintreten kann. Russisch hatte ich während meiner Gymnasiumszeit im Grunde in Berlin oben. Wir hatten eine Politik, die im Grunde stark vom Russischen abhängig war, und es ist heute noch so. Heute ist es noch wichtiger. Zudem haben wir heute auch Wirtschaftsbeziehungen ins jetzige Russland, in die alten sowjetischen Staaten. Ich verstehe schlichtweg nicht ganz, weshalb der Kanton Bern das Schwerpunktfach Russisch aufheben will. Mir ist das ziemlich unverständlich. Darum wäre ich froh, wenn Sie dem Antrag folgen würden, dass in den Summen zu sparen ist, aber die Schulen dem Regierungsrat selber einen Antrag unterbreiten, in welcher Form sie es umsetzen wollen. Russisch als Hauptfach, Griechisch als Hauptfach und der Immersionsunterricht in Englisch sind in jenen Blö-

cken, die ich zusammenführte, betroffen.

Roland Näf-Piera, Muri (SP). Das kommt ja selten vor, aber in sehr vielen Bereichen kann ich mich meiner Vorrednerin anschliessen. Vielleicht in Bezug auf Spanisch nicht, bin ich doch mit einer Spanierin verheiratet und nicht bis nach Südamerika gefahren, um sie kennen zu lernen. Dazu genügt Europa. Aber in vielem anderem sind wir uns einig.

Im Vordergrund steht für mich eine grosse Differenz zwischen diesem Vorschlag der SP-JUSO-PSA-Fraktion und den anderen ASP-Vorschlägen. Wir sind einverstanden mit dem Sparen. Wir wollen sparen, stehen dahinter, dass man bei den Schwerpunktfächern spart. Andererseits will ich, dass uns Russisch unter bestimmten Bedingungen grundsätzlich erhalten bleibt. Ich schliesse mich Frau Desarzens darin an, dass die Gymnasien nicht bevormundet werden sollen. Sie sollen Verantwortung übernehmen und dies selber entscheiden.

Zu den Auswirkungen, falls man das Schwerpunktfach effektiv streichen würde: Russisch ist eine Sprache, die an Bedeutung sehr stark zugenommen hat; das wissen wir alle. Unsere Beziehungen zu Russland sind wichtig geworden, vor allem auch in wirtschaftlicher Sicht, wie insbesondere die Tourismusfachleute merken. Man muss sich aber auch sehr bewusst sein, dass das ein sehr potentes Wirtschaftsgebiet ist, das eben nicht nur die russische Föderation, sondern den ganzen slawistischen Bereich umfasst. Für uns ist es eine wichtige Brücke. Meint nun jemand, das Appenzell bräuchte nicht unbedingt Russisch, könnte ich das noch nachvollziehen; das ist für mich sonnenklar. Doch bekommen wir immer wieder die Argumentation auch unseres Regierungsrats zu hören, wie wichtig es ist, die Hauptstadtregion Bern zu fördern. Will nun gerade sie einen derart wichtigen Bereich ausschliessen, wäre dies ein folgenschwerer Entscheid für sie.

Die Slawistik hat auch grosse Bedeutung an der Universität Bern. Dazu erhielten wir beispielsweise verschiedene Briefe, unter anderem auch von der Maturitätskommission. Abgesehen vom Wirtschaftlichen ist es da mehr eine kulturelle Frage. Es wäre wirklich traurig, wenn die Sprache Dostojewskis in der Hauptstadtregion Bern ausschliessen würde – ein Armutszeugnis, wie die Maturitätskommission schreibt.

Den Mittelschulbereich 2009 haben viele von Ihnen gelesen, die dort ein wenig partizipierten. Damals stand darin, es sei wichtig, dass die so genannt kleinen Schwerpunktfächer, wozu auch Russisch gehört, sich dynamisieren würden. Das war wie ein Warnruf, 2009. Und es passierte, liebe Kolleginnen und Kollegen: Genau Russisch schaffte es als einziges kleines Schwerpunktfach. Es geschah eine unglaubliche Veränderung; heute haben wir dreimal mehr Russisch-Schülerinnen und -Schüler an den Gymnasien als noch 2005. Das ist ein richtiger Boom, der im Zusammenhang steht mit dem Wirtschaftsbereich und dem wichtigen kulturellen Bereich. Dahinter steht aber auch das Engagement der Lehrpersonen. Ich kann Ihnen sagen, die Lehrpersonen – ich kenne verschiedene unter ihnen – legten sich wirklich ins Zeug. Es ist unglaublich, wie sie es mit ihrem Engagement schafften, Schülerinnen und Schüler zu gewinnen. Ihnen ist zuzuschreiben, dass die Nachfrage nach Russisch derart zunahm. Desavouieren Sie dieses Engagement jetzt nicht dadurch, dass Russisch als Schwerpunktfach einfach aufgehoben wird. Im Frühling war das Gymnasium Burgdorf gemeinsam mit dem Gymnasium Kirchenfeld im Rahmen eines Projekts in Russland; einem Superprojekt, das mich beeindruckt. Sie werden es sehen, wenn es nächstens auch am Schweizer Fernsehen vorgestellt wird. Glänzend, was die Lehrpersonen und Schüler dort leisteten!

Interessant war der Mittelschulbericht 2013, worin die Stärkung des breiten gymnasialen Fächerpektrums zur Profilierung der gymnasialen Bildungsgänge gefordert wird. Folglich kann man nicht gleichzeitig ein derart wichtiges Schwerpunktfach aufheben. Das geht nicht auf. Wichtig zu wissen ist auch noch, dass wir beim Russisch bereits in den vergangenen Jahren sparten, indem wir im Kanton Bern eine Schwerpunktkonzentration realisierten. Heute bieten nur noch fünf Gymnasien Russisch an. Diesbezüglich sorgten wir also bereits dafür, dass gespart wird.

Fazit: Sparen ja, auf jeden Fall; auch ich stehe dahinter, dass man bei den Schwerpunktfächern den Betrag einspart. Aber wir belassen den Gymnasien ihre Autonomie, und vor allem ist die Nachfrage ein wichtiger Aspekt, wie Frau Desarzens am Schluss sehr gut erklärt hat. Sie hat von minimalen Klassengrössen gesprochen. Das kann sicher ein Aspekt sein. Selbstverständlich sollen die Gymnasien dafür sorgen, dass man nicht für zwei, drei Schülerinnen einen Kurs führt. Das können wir uns nicht mehr leisten; wir wollen sparen. Läuft aber das Russisch an bestimmten Orten so gut, wollen wir es auch unterstützen. Vielen Dank für die Unterstützung unseres Antrags.

Vizepräsidentin Béatrice Struchen übernimmt den Vorsitz.

Samantha Dunning Thierstein, Bienne (SP). Dans le cadre de la motion Dunning Thierstein «Des économies certes, mais pas au détriment du bilinguisme à Bienne ni des sportifs d'élite!» j'avais demandé d'accorder au projet de réorganisation des gymnases de Bienne le temps et les moyens financiers nécessaires à la mise en place d'une structure garante du maintien des acquis. Le Conseil-exécutif souhaite une réorganisation formelle des gymnases de Bienne pour août 2014, puis organiser le regroupement géographique d'ici 2016, une fois les travaux terminés au gymnase sis au bord du lac. Cependant, ce qui m'inquiète, c'est sa réorganisation précipitée pour cause d'économies cantonales. En effet, j'ai fortement l'impression que si nous faisons une fusion structurale de trois gymnases en deux gymnases pour août 2014, c'est-à-dire d'ici neuf mois, c'était comme si l'on mettait la charrue avant les bœufs. D'ici le temps imparti, aura-t-on le temps de décider du sort des enseignants, sachant qu'il ne devrait théoriquement pas y avoir de licenciements? Aura-t-on le temps de procéder à une répartition des classes, tenant compte le bilinguisme au gymnase? Et d'ici août 2014, l'organigramme et les structures des deux gymnases auront-ils été conçus, sachant qu'il s'agit là de processus souvent longs et pénibles, si l'on veut prendre en compte l'avis des personnes concernées? Je ne suis pas contre une réorganisation des gymnases, mais je considère qu'il est primordial qu'elle soit bien faite, et que des réflexions soient faites. Pour maintenir une formation gymnasiale de bonne qualité, je refuse que l'on bricole une fusion des gymnases, surtout quand on a la chance de pouvoir proposer une offre bilingue. Il faut clairement du temps pour que la réorganisation se passe bien et qu'elle n'engendre pas plus de frais de réparation que de frais de construction. J'aimerais que du temps soit pris pour que des réflexions au niveau structurel soient effectuées. Est-il préférable de fusionner les gymnases de Bienne en deux gymnases, un alémanique et un francophone? Ou pourquoi pas ne pas fusionner les gymnases en une grande entité et porter autant importance à la filière bilingue qu'aux filières alémanique et francophone, ce qui, par ailleurs, est le cas dans le Gymnase des Alpes? Il s'agira de garantir la spécificité de la formation gymnasiale dans chacune des deux langues, mais on pourrait tirer un meilleur parti des services, administration, conciergerie, infrastructures, etc. et on pourra y intégrer ce qui restera de l'École supérieure de commerce, également bilingue, de manière optimale. Une fois la réflexion faite sur le nombre de gymnases, pourrait-on réfléchir à comment les gymnases seraient réorganisés: gestion de la filière bilingue, planification des enseignements, planification des espaces et j'en passe. Mais pour mener à bien ces réflexions, il faut aussi que toutes les parties prenantes, c'est-à-dire les trois directeurs des gymnases, les enseignants, les élèves, la commission scolaire, la commune de Bienne, ainsi que le CAF soient consultées de manière paritaire et qu'elles puissent participer à la réorganisation. Il faut donc du temps, mais pas trop non plus, car ce n'est pas toujours un processus agréable pour les personnes concernées. C'est pourquoi je propose que la réorganisation des gymnases se fasse dès août 2015. Et puis, pour mener ce projet, mettez en valeur le bilinguisme! Le Conseil des affaires francophones, en commun avec le Forum du bilinguisme, invite le canton à décrocher des moyens financiers via la loi fédérale sur les langues, avec leur soutien. Finalement, un dernier argument. L'acceptation de cet amendement n'entraîne aucun frais supplémentaire, les économies seront seulement reportées d'une année. Réfléchissez bien, si ce projet est mené de manière optimale, non seulement on économiserait, mais on pourra décrocher des moyens financiers supplémentaires. Nous y avons donc tout à y gagner.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Ich habe mit Leuten aus allen Fraktionen gesprochen. Überall wurde eigentlich das Gleiche gesagt: Es sei nun doch wirklich sinnvoll, die beiden Gymnasien zusammenzulegen und somit bei den Strukturen Geld zu sparen. Das tue niemandem weh, insbesondere nicht den Lehrkräften und auch nicht den Gymnasiasten. Ein zusammengelegtes Gymnasium komme auch bezüglich der Infrastrukturen viel günstiger zu stehen als die Sanierung der geschützten Bauten. Das alles hätte auch ich unterschrieben, wenn ich mich nicht etwas tiefer in die Materie gekniet hätte. Leider sind die Fakten etwas komplizierter, und die Informationen sind nicht immer ganz sauber; dies aus verschiedenen Gründen, aber dazu später noch mehr. Der Regierungsrat behauptet, mit der Fusion könnten 15 Prozent der Kosten einzig über die Strukturen gespart werden. Was stimmt, ist der Prozentsatz; hingegen stimmt es nicht bezüglich der Strukturen. Das gaben sogar die Verfasser der Antwort zu – selten ist es ja der Regierungsrat selbst. Dafür muss man wissen, wie die Gymnasien organisiert und finanziert sind. Es gibt fünf verschiedene Pools, worüber von den Lektionen über die Administration bis zu den Hauswarten alles abgerechnet wird. Der eine dieser Pools ist der Lektionenpool, natürlich bei Weitem der grösste. Die anderen vier Pools betreffen die Struktur, nur sind sie zusammengezählt kleiner als der grösste. Deshalb ist es technisch gar nicht möglich, weil Sie ja nicht einen der anderen Pools ganz aufheben

können. Das Ganze noch etwas bildlicher: Haben Sie eine Zweiliterflasche – das wären die Lektionen und die Lehrkräfte – und vier Zweiliterfläschchen – Schulleitung, Administration, Sachaufwand, Staatspersonal –, können Sie eben nicht nur aus den kleinen Fläschchen trinken, wenn vorgegeben ist, es müsse dann noch etwas drin bleiben. Aber bitte, liebe Presseleute, verdrehen Sie mir dieses Bild dann nicht derart, dass Sie melden, ich habe gesagt, die Lehrer seien die grössten Flaschen!

Das Gymnasium Seefeld in Thun macht jetzt ein Angebot, bei sich selbst im grössten Pool einen Sparbeitrag zu leisten. Er ist sogar noch grösser, als der Regierungsrat vorgeschlagen hat, und vor allem würde er bereits ab nächstem Jahr wirksam. Hier handelt es sich einerseits um einen Beitrag der Schulleitung ganz persönlich, weil sie einfach gerne mehr Zeit hätte für das Projekt. Andererseits handelt es sich aber auch um die viel zitierte Luft, die allerdings nur in diesem Gymnasium vorhanden ist, weil es mit vier Schwerpunktfächern, die dafür vollständig besetzt sind, viel einfacher strukturiert ist als die anderen Gymnasien im Kanton. Dadurch kann es bei den Maturaarbeiten und gewissen Freifächern Geld einsparen. Die anderen Gymnasien befürchten nun, die Politik könnte verlangen, überall am gleichen Ort zu sparen. Das ist, wie gesagt, nicht möglich. Vorsichtshalber informierten die anderen Gymnasien und auch das Amt für Mittelschulen möglichst Viele, dass dieser Antrag unbedingt abzulehnen sei. Das ist eines der Beispiele, weshalb ich meine Motion für einen bottom up-Ansatz beim Sparen einreichte. Ich bekam ja zur Antwort, das sei nicht möglich. Wir zeigen es Ihnen jetzt hier, dafür habe ich die Motion zurückgezogen.

Der Vorteil unseres Vorgehens ist, dass man für die Verhandlungen über die Zukunft der beiden Gymnasien in Thun mehr Zeit gewinnt. Das Gymnasium Seefeld ist nämlich nicht a priori gegen eine Fusion. Es wehrt sich lediglich gegen angebliche Verhandlungen, deren Ausgang längst «btrittlet» ist. Nach Meinung des Mittelschulamts und somit auch des Regierungsrats ist offenbar nur ein Grossgymnasium in einem grossen, neuen Gebäude wirklich ein gutes Gymnasium. Seltenerweise reden die gleichen Leute im gleichen Atemzug von eigenem Profil. Sie behaupten auch, der Neubau des Grossgymnasiums komme viel günstiger zu stehen als eine Sanierung der Altbauten; dies, obschon gar keine Zahlen vorliegen, oder zumindest keine verlässlichen. Die Zahlen, über die das Amt für Grundstücke und Gebäude nämlich momentan verfügt, sind gemäss vorliegendem Brief von letzter Woche einzig Hochrechnungen gemäss entsprechender SIA-Norm nach Kubaturen. Weil ein Schulhaus ziemlich grosse Kubaturen hat, sind solche Zahlen sehr hoch. Das kann ich Ihnen beweisen. Zufällig arbeite ich nämlich gerade persönlich an einem Projekt, auch an der Sanierung eines Schulhauses ebenfalls mit einem K-Objekt. Die erste Kostenschätzung nach SIA-Norm belief sich auf 1,9 Mio. Franken. Nachdem ich aus der Ohnmacht erwacht war, liessen wir einen Kostenvoranschlag erstellen, der noch auf 1,2 Mio. Franken zu stehen kam. Und beim Vorprojekt, das ich letzten Freitag erhielt, bringen wir die Kosten jetzt auf unter eine Million, notabene trotz Einhaltung sämtlicher gesetzlichen Vorschriften.

Sagen wir heute unter diesen Voraussetzungen zu einer Fusion Ja, wie das Amt für Mittelschulen sie schon längst hätte durchziehen wollen, höre ich bereits Barbara Egger oder ihre Nachfolgerin oder ihren Nachfolger in ein paar Jahren hier am Rednerpult: «Ja, liebe Grossrätinnen und Grossräte, es kommt jetzt zwar 20 Millionen teurer zu stehen, aber 2013 wollten Sie es so.» Sie müssen sich also bewusst sein, dass Sie mit einer Zusage zu diesem Sparantrag des Regierungsrats gleichzeitig Ja sagen zu einem Grossgymnasium im Gebiet der Schadau, mit einem Neubau, mit Kosten in unbekannter Höhe. Alternativen werden nämlich nicht mehr geprüft, selbst wenn eine gemeinsame Schule an zwei Standorten pädagogisch vielleicht sinnvoller und erst noch günstiger sein könnte. Wie gesagt, werden wir es nicht erfahren, weil wir hier die Katze im Sack kaufen. Gleichzeitig eliminieren Sie übrigens auch den grössten Lieferanten von Studierenden an die PH. Die Übertrittsrate des Gymnasiums Seefeld liegt nämlich bei 32 Prozent, während der kantonale Durchschnitt bei 14 Prozent liegt.

Mit der Überweisung dieses Antrags helfen Sie erstens, ab nächstem Jahr mehr Geld zu sparen, und verhindern zweitens gleichzeitig, dass das Präjudiz für ein noch völlig unausgegorenes Projekt abgegeben wird. Sie sagen nicht Nein zu einer Fusion, sondern ermöglichen einzig, dass das seriöser geplant werden kann. Es ist der falsche Weg, Bildungspolitik und persönliche Profilierungsprojekte unter dem Deckmäntelchen des Sparens durchstieren zu wollen. Das Motto heisst also «Hirnen beim Sparen». Sparen Sie gescheiter mit Weitsicht, als sich hier auf einen planerischen Blindflug durch den Nebel zu begeben.

Daniel Steiner-Brütsch, Langenthal (EVP). Wir sind im gleichen oder ähnlichen Kontext wie vorhin, bei Gymnasien mit musisch-gestalterischem Profil. Ich habe selbst Erfahrung mit Instrumentalunterricht. Als ehemaliger Seminarist hatte ich Gelegenheit, in den fünf Jahren Ausbildung zum

Primarlehrer ein Instrument spielen zu lernen. Das ist wahrscheinlich auch ein wenig der Hintergrund für meinen Antrag. Hier haben wir es mit Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu tun, die das Schwerpunktfach Musik belegen, sich also bewusst dafür entschieden haben und auch optimal gefördert werden sollen. Jetzt wird im ASP beantragt oder vorgeschlagen, diesen Instrumentalunterricht von 45 auf 30 Minuten zu kürzen. Dagegen wehren wir uns entschieden aus den folgenden Gründen: Durch die geplante Kürzung hat das Schwerpunktfach Musik im Vergleich zu den anderen Schwerpunktfächern weniger Wochenlektionen zur Verfügung. Der Instrumentalunterricht ist ein wichtiger Bestandteil, zentral für die Wahl dieses Schwerpunktfachs. Die Kürzung gefährdet schliesslich die Wahl des Schwerpunktfachs Musik und steht auch ein Stück weit im Widerspruch zum kantonalen Lehrplan im Fach Musik. Ein gekürzter Instrumentalunterricht bereitet unseres Erachtens nicht mehr optimal vor auf eine Ausbildung beispielsweise an einer Pädagogischen Hochschule, wie wir vorhin gehört haben, oder an einer Fachhochschule für Musik. Die Kürzung führt bei den Instrumentallehrkräften zu einer Lohneinbusse, sie betrifft aber auch die Musikschulen, da der Instrumentalunterricht sowohl an den Gymnasien wie auch an den Musikschulen erteilt wird.

Jetzt noch ein Wort zum Kanton oder den Gemeinden: Der Spareffekt wird bei dieser Kürzung wahrscheinlich geringer als beabsichtigt ausfallen. Viele Schülerinnen und Schüler werden zum gekürzten Instrumentalunterricht wahrscheinlich noch zusätzlichen Instrumentalunterricht besuchen. Weil dieser in vielen Fällen an den Musikschulen stattfindet und dort zu 30 Prozent vom Kanton subventioniert wird, entstehen für ihn zusätzliche Kosten, aber auch für die Gemeinden und Eltern. Wir erinnern uns ans neue Musikschulgesetz. Wir schlagen Ihnen vor, diese Massnahme nicht, aber dafür eine Kompensation innerhalb der Zentralverwaltung der Erziehungsdirektion, nämlich im Bereich Führungsunterstützung, anzunehmen, sodass wir unter dem Strich ein Nullsummenspiel haben.

Ueli Augstburger, Gerzensee (SVP). Ich kann hier gerade nahtlos anschliessen, möchte aber zuerst meine Interessenlage in Sachen Musik offenlegen. Ich bin Vorstandsmitglied des Verbands bernischer Musikschulen. Im ASP hatten wir letzte Woche und auch in den letzten Tagen weitaus schwierigere Entscheide zu fällen, das bin ich mir bewusst. Bei dieser Kürzungsmassnahme stellt sich aber effektiv die Frage, ob nicht eine Streichung der ganzen Lektion die ehrlichere Lösung gewesen wäre. Eine Kürzung dieser im Schwerpunktfach vorgesehenen Wochenlektion Einzelunterricht von 45 auf 30 respektive 22 Minuten ist gerade im Instrumentalunterricht unsinnig. Wer ein Instrument spielt, weiss, dass eine derart kurze Übungssequenz kaum sinnvoll ist, und auch das Intervall von zwei Wochen ist wenig zu empfehlen. Zusatzlektionen im Gruppenunterricht zu führen, ist sicher auch nicht im Sinn des Einzelunterrichts. Aus pädagogischer Sicht, so die Fachleute der Musikschule, macht eine Lektion unter 45 Minuten absolut keinen Sinn. Fällt das Angebot weg oder wird noch unattraktiver gestaltet, gibt es, wie Daniel Steiner vorhin gesagt hat, eine Verschiebung an die Musikschulen und somit auch eine Verschiebung der Kosten, nämlich vom Kanton zu den Gemeinden, welche die Restkosten der Musikschulen zu tragen haben.

Das Einsparungspotenzial von 300 000 Franken ist nicht so gross wie der Schaden, den dieser Eingriff verursacht. Die Antragsteller sind der Meinung, die Erziehungsdirektion könne im Bereich Führungsunterstützung sehr gut einen Beitrag dieser Grössenordnung leisten. Die Antragsteller beabsichtigen hier klar eine Kompensation, weshalb wir die Anträge so gestalteten, dass darüber getrennt abgestimmt wird, nämlich zuerst über den Verzicht auf die Kürzung des Instrumentalunterrichts und anschliessend über die Zustimmung zur Kompensationsmassnahme.

Reto Müller, Langenthal (SP). Vielen Dank, liebe restliche wenige Ausharrende an der heutigen Abendsitzung. Ich gehöre auch zu den Antragstellenden und möchte nur ganz kurz etwas sagen. In diesem Block ist es fast ein wenig traurig, könnte man meinen. Wir fragen uns, ob wir Russisch, Griechisch, Sport oder Musik wollen, wo es noch ein wenig mehr und wo etwas weniger sein darf – etwas weniger Gymnasium. Eigentlich sollten wir wirklich, wirklich froh sein, dass wir an den Mittelschulen im Kanton Bern jetzt noch eine breite Ausbildung haben. Im speziellen Fall des Musikunterrichts in den Gymnasien geht es um 300 000 Franken, um wenig also, aber wie meine beiden Vorredner bereits sagten, wird der Effekt sehr gross sein, wenn Sie die Sparmassnahme realisieren wollen. Aus der Sicht der PH Bern kommen nachher Studierende oder Gymnasiasten, Maturandinnen und Maturanden zu uns und sagen: «Oh, ich kann gar kein Instrument spielen.» Es ist heute auch nicht mehr unbedingt nötig, aber wenn dann jemand in der Schulstube auf der Primarstufe unterrichtet, liebe Lehrerinnen und Lehrer auch hier im Rat, macht es eben durchaus etwas aus, ob er noch ein Instrument spielen kann oder nicht. Vielleicht wird man irgendwann noch ein Mus-E-

Projekt mit mehr Kultur, insbesondere mehr Musik in den Schulen, lancieren müssen oder wollen. Zumindest wäre es sinnvoll. Bitte lehnen Sie in diesem Sinn die Sparmassnahmen im Musikunterricht ab. Behalten wir doch das breite Ausbildungsspektrum bei, das heute an den Gymnasien im Kanton Bern noch möglich ist.

Béatrice Struchen, Epsach (SVP), Vizepräsidentin. M. Blaser est partiellement satisfait. Nous avons fini la liste de toutes celles et tous ceux qui ont déposé des propositions sur le thème des gymnases. Nous arrêtons donc ici la séance. Je clos la séance. Demain matin, les porte-parole des groupes sont priés de s'annoncer au plus vite. Merci, bonne soirée, bonne rentrée.

Hier werden die Beratungen unterbrochen.

Schluss der Sitzung um 19.56 Uhr

Die Redaktorinnen:

Rosmarie Wiedmer-Pfund (d)

Catherine Graf Lutz (f)